

OFFEN FÜR DAS NEUE



**SCHWERPUNKT
TRANSFORMATION**

Pfizer Werk Freiburg

Innovative Arzneimittel für den Weltmarkt „Made in Germany“



„Um in Deutschland Arzneimittel global wettbewerbsfähig zu produzieren, braucht es hohe Produktionsvolumen, Automation, ständige Innovation und hochqualifizierte Fachkräfte.“

Dr. Axel Glatz ist Pharmazeut und leitet das Pfizer Werk Freiburg.

Das Pfizer Werk in Freiburg im Breisgau ist eine der weltweit modernsten Produktionsstätten der pharmazeutischen Industrie. Im Jahr 2022 werden dort voraussichtlich 7,5 Milliarden Tabletten und Kapseln u. a. gegen COVID-19, Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Krebs hergestellt. Das Werk liefert die Arzneimittel an über 150 Länder. Rund 350 Millionen Euro hat Pfizer in den letzten fünf Jahren in den Ausbau des Standortes investiert. Heute arbeiten dort 1800 Beschäftigte.

[pfizer.de](https://www.pfizer.de)



Foto: Urban Zintel

Für uns steht fest: Wer die Transformation bremst, beschleunigt die Krise.



Krieg in Europa, Energiekrise, Inflation: Viele Menschen fühlen sich unsicher. Putins brutaler Angriff auf die Ukraine hat uns allen unsere extreme Abhängigkeit von russischen fossilen Energieträgern vor Augen geführt. Jetzt rächen sich die Versäumnisse der letzten Dekade beim Ausbau der Erneuerbaren. Mit Hochdruck arbeiten wir in der Regierung an deren Ausbau und an unserer Energiesicherheit. Das verlangt uns auch manch schmerzhaftes Entscheidung ab.

Zugleich machen wir Tempo beim grünen Umbau von Wirtschaft und Industrie. Das Ausmaß der nötigen Veränderungen ist immens. Die Transformation zum klimaneutralen Industrieland fordert uns alle: in der Forschung, im Handwerk, in der Wirtschaft und Industrie, in den Gewerkschaften, in der Landwirtschaft, in der Zivilgesellschaft, in den Kommunen, in Stadt und Land, im Osten und im Westen. Trotz des historischen Kraftakts und der gewaltigen Investitionen liegen im Zwang zum Handeln Chancen für neuen Wohlstand (ab Seite 4).

Unsere Aufgabe als Partei ist es aber nicht nur, Antreiberin der Transformation zu sein. Wir müssen den Menschen auch vermitteln, dass wir sie in der Veränderung und in unsicheren Zeiten mitnehmen und ihnen neue Möglichkeiten eröffnen. Mit klaren Positionen zeigen wir: **Die GRÜNEN geben Antworten auf die drängendsten Fragen.** Wir trauen den Menschen Transparenz zu und vermitteln gerade dadurch die Sicherheit, die wir in Zeiten der Veränderung brauchen.

Unsere **Erfolge bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen** bestätigen unseren Kurs. In beiden Ländern wurden wir zweitstärkste Kraft, in beiden Ländern haben so viele Menschen Grün gewählt wie nie. Gratulation an Monika Heinold und Aminata Touré sowie an Mona Neubaur! Und auch in Niedersachsen wollen die GRÜNEN die sozial-ökologische Wirtschaftswende endlich auf den Weg bringen (Seite 20).

Unsere **Erfolge bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen** bestätigen unseren Kurs. In beiden Ländern wurden wir zweitstärkste Kraft, in beiden Ländern haben so viele Menschen Grün gewählt wie nie. Gratulation an Monika Heinold und Aminata Touré sowie an Mona Neubaur! Und auch in Niedersachsen wollen die GRÜNEN die sozial-ökologische Wirtschaftswende endlich auf den Weg bringen (Seite 20).

Auch unsere Partei transformiert sich. **Wir wollen noch schlagkräftiger werden.** Deshalb sind wir unter anderem dabei, unser Magazin neu aufzustellen. Für diesen Prozess brauchen wir euer Feedback. **Bitte macht mit bei unserer Umfrage** (s. rechts).

Habt einen **schönen, sicheren, gesunden Sommer!**

Eure Emily

UMFRAGE ZU UNSEREM MITGLIEDERMAGAZIN

Liebe Freund*innen,

viermal im Jahr flattert es euch seit Jahren ins Haus, das Mitgliedermagazin. Mittlerweile hat sich unsere Mitgliederzahl mehr als verdoppelt und unsere Rolle als Partei hat sich verändert. Um das für euch spürbar zu machen und euch weiterhin zu inspirieren, wollen wir das Magazin neu aufstellen. Wir möchten direkt von euch erfahren, was ihr gerne über die Regierung, die Partei, die Fraktionen und unsere politischen Standpunkte wissen möchtet, um dann entsprechende Anpassungen vornehmen zu können.

Darum bitten wir euch um ein wenig Zeit, um diese Umfrage auszufüllen. Ihr könnt den **QR-Code scannen** und einfach digital mitmachen. Alternativ könnt ihr uns eine Mail an magazin@gruene.de oder eine Postkarte an die Bundesgeschäftsstelle (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Platz vor dem Neuen Tor 1, 10115 Berlin) schicken – mit eurem Namen und eurer Adresse. Dann schicken wir euch die Umfrage per Post zu.

Wir danken euch im Voraus für eure Rückmeldung und Unterstützung.

Emily Büning
Politische Bundesgeschäftsführerin
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



Wegen Umbau geöffnet

Der grüne Umbau der Industrie, die Überwindung der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen, das Vorantreiben der Energiewende – zu lange stand Deutschland auf der Bremse. Im Zwang zum Handeln liegen Chancen und Risiken. Wir haben Positionen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft zu einer Herausforderung gesammelt, die sich selbst immer wieder in Transformation befindet.

TEXT: GERO GÜNTHER – STAND: 24. JUNI 2022

Die Aufgabe ist immens. Spätestens bis zum Jahr 2045 will Deutschland klimaneutral sein. Schon bis zum Ende dieses Jahrzehnts sollen die CO₂-Emissionen um 65 Prozent im Vergleich zum Jahr 1990 gesenkt werden. Die Transformation – die Überwindung der Abhängigkeit von Kohle und Öl, Gas und Uran – muss gelingen. Nicht zuletzt durch den Krieg in der Ukraine ist die Energiewende auch zur sicherheitspolitischen Überlebensfrage geworden, der Handlungsdruck noch einmal gestiegen.

VOLLE KRAFT FÜR ERNEUERBARE

Wenn man den aktuellen Bericht des Weltklimarats liest, wird einem angst und bange. Zu lange wurden Klimaschutz und ökologische Transformation verschleppt, die Klimakrise spitzt sich weiter zu. Wenn wir nicht gegensteuern, wird sich die Erde bis zum Ende des Jahrhunderts voraussichtlich um über drei Grad Celsius erwärmen. Auch in Deutschland, wo der Erdüberlastungstag in diesem Jahr bereits am 4. Mai lag, muss der Richtungswechsel noch schneller vollzogen werden.

Angesichts der dramatischen Datenlage hat sich die Bundesregierung zum Ziel gesetzt, die Geschwindigkeit beim Ausbau der Erneuerbaren zu verdreifachen. Bis zum Jahr 2035 soll Deutschland seinen Strom nahezu komplett aus erneuerbaren Energien erzeugen. Bisher galt dafür das Jahr 2050 als Zielmarke.

nicht, können die dort geltenden Abstandsregelungen vom Bund ausgehebelt werden. In Bayern wäre dann etwa die 10-H-Regel hinfällig.

Zudem sollen künftig die verschiedenen Prüfverfahren standardisiert und damit erleichtert werden, auch im Hinblick auf den Naturschutz. „Erstmals werden bundeseinheitliche, gesetzliche Regeln eingeführt, um bewerten zu können, inwieweit eine Windenergieanlage das Kollisionsrisiko für gefährdete Vogelarten erhöht“, sagt Bundesumweltministerin Steffi Lemke, 54. „Gleichzeitig werden die Anforderungen an die Erteilung von Ausnahmen vereinfacht.“

Der größte Hemmschuh beim schnellen Ausbau der Erneuerbaren liegt aber derzeit bei den fehlenden Personalkapazitäten in den Genehmigungsbehörden. Zuständig sind je nach Bundesland vorrangig die Land-

Mit einem Absatz von 14,7 Gigawatt war das Shanghaier Unternehmen LONGi im Jahr 2020 der größte Solarzellenhersteller weltweit. Von den zehn größten Produzenten von Solarzellen stammen derzeit sieben aus China. Auch ein gutes Drittel der weltweiten Photovoltaikleistung ist in China installiert, gefolgt von den USA, Japan und Deutschland. Da die Preise für neue PV-Anlagen in den letzten Jahren stark gefallen sind, zählt die Solarenergie in vielen Ländern inzwischen zu den preiswertesten Arten der Stromerzeugung.

Der Bau von Windkraftanlagen in Deutschland ist in den letzten Jahren viel zu langsam vorangegangen. Planung und Genehmigung dauern im Durchschnitt vier bis fünf Jahre, in einzelnen Fällen sogar deutlich länger. Meist vergehen zunächst viele Monate, bis die jeweilige Genehmigungsbehörde die extrem komplexen Antragsunterlagen als „vollständig und entscheidungsreif“ akzeptiert. Hohe bürokratische Hürden, Bürgerproteste und energiepolitische Fehler haben den Ausbau der Windkraft unter der alten Bundesregierung auf ein absolutes Schnecken-tempo gebremst. Die 10-H-Abstandsregel in Bayern etwa – ein Windrad muss mindestens das Zehnfache seiner Höhe von Wohnbebauungen entfernt sein – wirkte bisher als Vollbremse.

Fotos: Adobe Stock/chungking, Adobe Stock/Fly_and_Dive



ratsämter und Gemeinden. Im Koalitionsvertrag wurde ein Pakt mit den Ländern geschlossen, die Behörden vor Ort besser auszustatten. Geplant ist außerdem ein Expertenpool aus externen Projektmanager*innen und Verwaltungshelfer*innen, die die lokalen Beamt*innen als „flying teams“ unterstützen sollen.

Möglichst alle mitnehmen

Der Turbo ist an, aber bleibt bei dieser Geschwindigkeit noch genügend Zeit für Kritik? Manche Klimaaktivist*innen fühlen sich überrollt. „Ganz ohne Zielkonflikte werden wir nicht durch die Transformation kommen“, weiß auch Steffi Lemke. „Neu ist, dass diese Bundesregierung bereit ist, Widersprüche in der Sache anzugehen, dabei offen nach außen kommuniziert und gemeinsam nach Lösungen sucht.“ Das eröffnete Debattenräume in Gesellschaft und Wirtschaft – und natürlich auch in der stark gewachsenen grünen Par-

Auch LNG ist ein fossiler Brennstoff – und darum nur eine Brückentechnologie. Wenn Erdgas auf minus 162 °C gekühlt wird, verflüssigt es sich, verfügt dadurch über ein deutlich kleineres Volumen und kann leichter transportiert werden. Allerdings wird beim Verladen und Verbrennen Methan freigesetzt. Zudem verbraucht der Verflüssigungsprozess große Energiemengen. Und Erdgas, und damit auch LNG, wird in einigen Ländern durch umweltschädliches Fracking gewonnen, das hierzulande verboten ist.

tei. „Am Ende muss es uns gelingen, möglichst alle mitzunehmen.“

Viele der Maßnahmen, die heute für mehr Klimaschutz und mehr Energieautarkie eingeleitet werden, entfalten ihre Wirkung eher mittel- und langfristig. Andere, beispielsweise Maßnahmen zur Klimaanpassung wie Beschattung oder Dachbegrünung, wirken schneller. Für alle gilt derselbe Grundsatz, sagt Steffi Lemke. „Wir befinden uns an einem Punkt der Geschichte, an dem die Weichen gestellt werden. Es gilt jetzt die notwendige Verantwortung für die Transformationen zur Klimaneutralität beherzt anzunehmen und zu zeigen, dass es gelingen kann.“

Dabei hilft es, dass die großen Transformationsaufgaben in der Bundesregierung auf viele Schultern verteilt sind. Der Kampf gegen die Klima- und die Biodiversitätskrise und für eine echte Kreislaufwirtschaft, eine zukunftsfähige Landwirtschaft und nachhaltige Lieferketten werden gemeinsam gedacht. „Zielkonflikte gibt es überall, aber Synergien eben auch. Besonders deutlich wird das beim Natürlichen Klimaschutz. Mit vier Milliarden Euro wird mein Haus in den kommenden Jahren Natur- und Klimaschutz stärken“, betont Steffi Lemke.

VON LNG ZU GRÜNEM WASSERSTOFF

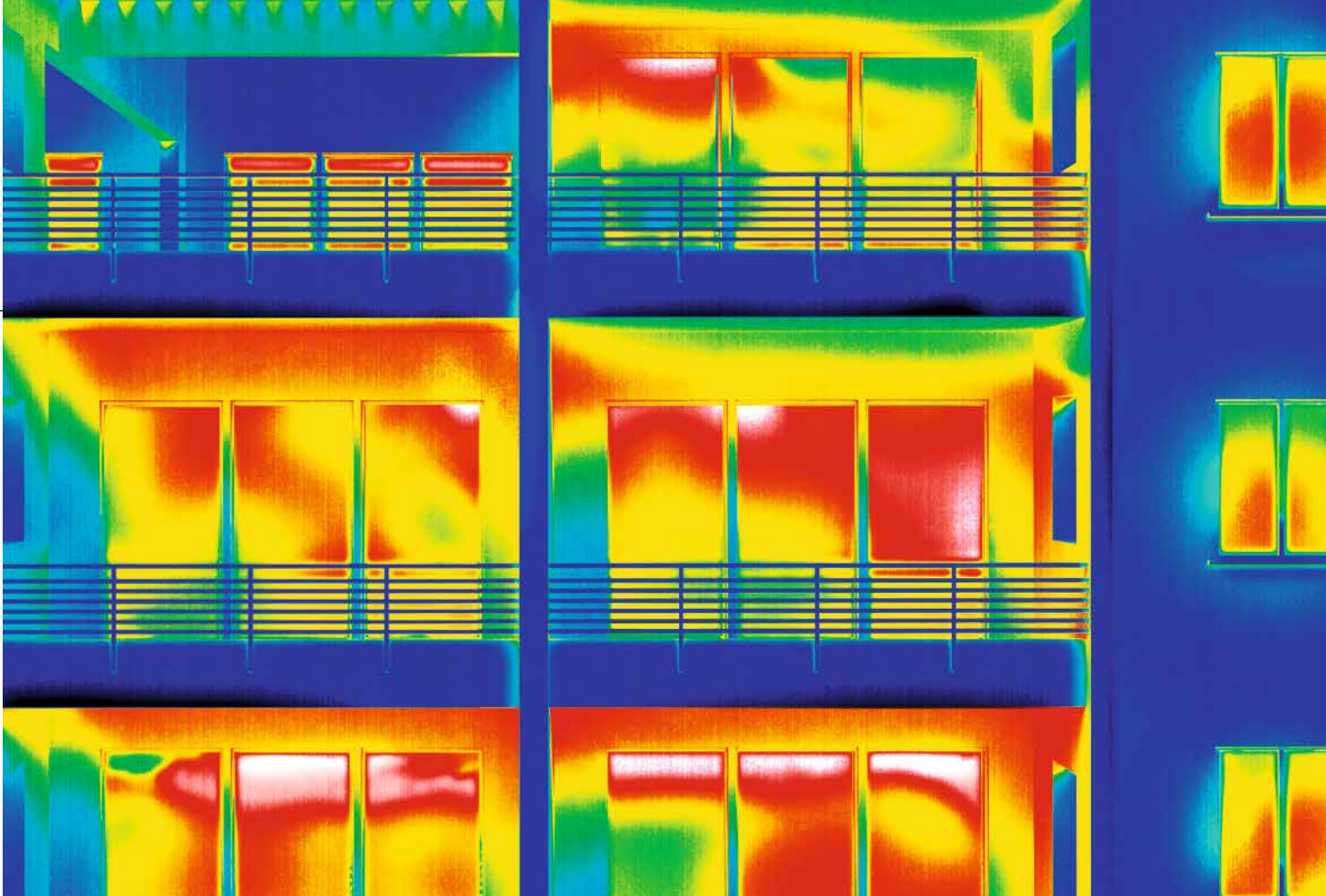
Jedes Windrad und jede Solaranlage schützt nicht nur das Klima, sondern auch die Sicherheit der Energieversorgung. Auch um unabhängig von Putins Gaslieferungen zu werden,

Nach einer von Greenpeace in Auftrag gegebenen aktuellen Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung könnten die G7-Staaten bis 2025 bis zu 18 Prozent ihres Gasverbrauchs einsparen, ohne ihre Industrieproduktion drosseln zu müssen. Die Vorschläge betreffen Gebäudesanierungen, das Senken der Raumtemperatur und den Umstieg auf Wärmepumpen und Solarthermie.

braucht Deutschland nun dringend Alternativen. Um die Versorgung angesichts der dramatischen Lage zu garantieren, sind schmerzhaft Kompromisse erforderlich. Für eine Übergangszeit werden dafür sogar einige Kohlekraftwerke reaktiviert werden müssen. An dem Ziel, bis 2030 aus der Kohlenutzung auszusteigen, hält die Bundesregierung dennoch uneingeschränkt fest. Allzu viele Optionen gibt es nicht, schon gar keine konfliktfreien. So kommt verflüssigtem Erdgas (Liquified Natural Gas, LNG) eine Schlüsselrolle zu. Es soll als Brückentechnologie dienen. Die geplante Infrastruktur ist darauf ausgelegt, perspektivisch auch beispielsweise grünen Wasserstoff zu transportieren.

LNG soll mit Tankschiffen aus den Vereinigten Staaten und Israel oder von der arabischen Halbinsel nach Deutschland transportiert werden. Um das Gas entladen und nach der Re-Gasifizierung ins Netz einzuspeisen zu können, braucht es spezielle Terminals. Deutschland ist eines der wenigen europäischen Küstenländer, das bisher keine eigene Entladestationen besitzt. Am 1. Juni trat ein Gesetz der Bundesregierung in Kraft, das den Bau schwimmender und fester LNG-Terminals beschleunigen soll. Das Ziel: die nationale Energieversorgung sicherer zu machen. Die Genehmigungsbehörden sollen dabei bestimmte Verfahrensschritte auslassen dürfen. So sind etwa beim Bau schwimmender

Derzeit sind die Gasspeicher zu rund 57 Prozent gefüllt. Bis Oktober müssen es laut Gesetz 80 Prozent sein, bis November 90 Prozent. Sonst ist die Energieversorgung in den kalten Monaten nicht garantiert. Der russische Staatskonzern Gazprom hat den Gasfluss durch die Ostseepipeline Nord Stream zuletzt deutlich verringert. Für Wirtschaftsminister Habeck ist das politisch motiviert: „Es ist offenkundig die Strategie von Putin, uns zu verunsichern, die Preise in die Höhe zu treiben und uns zu spalten.“



Entladestationen Ausnahmen bei der Umweltverträglichkeitsprüfung möglich.

Große Umweltschutzverbände wie der BUND rufen zu mehr Besonnenheit auf und kritisieren etwa die langen Laufzeiten der LNG-Terminals an Land bis Ende 2043, die in der Ampel-Koalition festgelegt wurden. Stattdessen drängen sie darauf zu prüfen, wie viele Terminals wirklich nötig sind, wenn man alle Möglichkeiten zur Energieeinsparung ausschöpft.

„Mit Blick auf unsere Energie- und Wärmeversorgung befinden wir uns in einer Ausnahme-situation“, sagt Bundesumweltministerin Steffi Lemke. „Das LNG-Gesetz ermöglicht den raschen Aufbau unabhängiger Import-Infrastrukturen jenseits von Russland. Trotz der notwendigen Beschleunigung und der eng gefassten Ausnahme vor allem bei der schwimmenden LNG-Infrastruktur wird es grundsätzlich keine Abstriche bei Umweltstandards geben. Naturschutzaufgaben müssen eingehalten und Naturschutzeinwirkungen, sofern vorhanden, ausgeglichen werden. Das ist ganz klar.“

Gleichzeitig gibt es Befürchtungen, etwa der Grünen Jugend, dass sich Deutschland in neue und lange Abhängigkeiten von auto-

kratischen Ländern wie dem Emirat Katar begibt, mit dem die Bundesregierung eine Energiepartnerschaft abgeschlossen hat. Schon in zwei Jahren will Katar verflüssigtes Erdgas liefern. „Regieren geht nicht ohne Kompromisse, auch wenn sie gelegentlich etwas weh tun. Es ist aber wichtig, dass wir die Abhängigkeit von fossiler Infrastruktur nicht zementieren“, betont auch Steffi Lemke. Die Lösung: Mittelfristig sollen die LNG-Terminals komplett auf beispielsweise grünen Wasserstoff umgestellt werden – produziert aus erneuerbaren Energien. Spätestens ab 2043 sollen die Entladestationen nur noch genutzt werden, um flüssige Energieträger nach Deutschland zu bringen, die klimaneutral sind.

Runter von der Sonnenbremse

Ein weiterer wichtiger Baustein auf dem Weg in die Energieautarkie ist die Wiederansiedlung der heimischen Solarindustrie. Noch in den Nullerjahren stand die von der damaligen rot-grünen Bundesregierung geförderte Branche an der Weltspitze. Mehr als 100.000 Menschen waren damals in der Photovoltaik beschäftigt. Übrig geblieben ist davon nicht viel. Nach politischen Fehlentscheidungen wurden die deutschen Player vor zehn Jahren fast komplett von der chinesischen Konkur-

renz verdrängt. Aber auch in der Photovoltaik gibt es nach langer Durststrecke wieder hoffnungsvolle Entwicklungen. So entsteht im sächsischen Freiberg eine moderne Solarmodulproduktion, die auf eine Jahreskapazität von bis zu 1 GW ausgebaut werden soll. Und in der deutsch-französischen Grenzregion soll eine Solar-Gigafactory aus dem Boden gestampft werden. Die Transformation ist auch eine Chance, im internationalen Wettbewerb um die Technologien von morgen zu punkten.

Energiepartnerschaften mit Katar: Neben den LNG-Lieferungen soll es auch zu einer Zusammenarbeit im Bereich des grünen Wasserstoffs kommen, für dessen Produktion sonnenreiche Staaten wie Katar gute Voraussetzungen bieten. Zudem wurde ein intensiver Wissensaustausch vereinbart – zum Ausbau erneuerbarer Energien und zum Klimaschutz. Auch kritische Stimmen wie Volker Quaschnig, Professor für Regenerative Energiesysteme an der Hochschule für Technik und Wirtschaft in Berlin, betonen das Potenzial der erdölproduzierenden arabischen Länder als zukünftige Lieferanten von grünem Wasserstoff.



Fotos: Adobe Stock/Artinum , Adobe Stock/electriceye

DAS ENDE DER HOCHÖFEN

Soll der grüne Umbau unseres Landes tatsächlich funktionieren, muss die Industrie mitziehen. 40 Prozent der Treibhausgasemissionen weltweit werden bei der Produktion von Stahl, Zement, Beton, Alu und Grundchemikalien direkt oder indirekt verursacht. „Ohne die Schlüsselindustrien werden wir die Transformation nicht wuppen“, sagt Prof. Dr. Stefan Lechtenböhmer, 57. Der Wissenschaftler ist Abteilungsleiter für „Zukünftige Energie- und Industriesysteme“ beim renommierten Wuppertal Institut, einem internationalen Think Tank, der sich mit den Themen Klima, Umwelt und Energie beschäftigt. Auch in einer nachhaltigen Zukunft wird man Grundstoffe brauchen: Weder E-Autos noch Eisenbahnwaggons oder Brücken können ohne Stahl und Beton hergestellt werden. Global gesehen rechnet das Wuppertal Institut sogar mit einem Anstieg des Bedarfs. Den könnten auch Einsparungen, Recycling und Vermeidungsstrategien nur abschwächen.

Allein in Duisburg betreibt ThyssenKrupp vier Hochöfen, in denen jeden Tag mehrere Tausend Tonnen Stahl hergestellt werden. Den Ofen zum Glühen bringen bislang hauptsächlich fossile Brennstoffe wie Koks. Ein Prozess, der Unmengen an CO₂ freisetzt. Im Jahr 2019 emittierte die deutsche Stahlindustrie 37 Millionen Tonnen CO₂ (Statista). Um den Zielen des Klimaschutzgesetzes gerecht zu werden, muss die Stahlbranche bis 2030 gut ein Drittel ihrer Produktion auf klimafreundliche Technologien umstellen.

Bereit für den Umbau

Neuartige elektrische Anlagen, die mit grünem Wasserstoff funktionieren, sind technisch längst erprobt, existieren aber noch nicht im vollen industriellen Maßstab. Aber auch das neue Verfahren verbraucht sehr viel Energie. „Im Grunde genommen benötigt man dieselben Energiemengen, die bisher als Kohle in den Hochofen geworfen werden, nun in Form von erneuerbarem Strom“, erklärt Stefan Lechtenböhmer. Teuer wird er sein, der CO₂-freie Stahl, aber dafür komplett umweltverträglich. Grüner Stahl, soviel steht fest, ist ein wirtschaftlich riskantes, aber alternativloses Unternehmen, das an hohe Investitionen und hohe Kosten für die grüne Energie gekoppelt ist. „Selbst große Konzerne können sich diesen Umbau hin zu einer völlig neuen Technologie nicht ohne



Energiewende, Digitalisierung, Ende des Verbrennermotors, Modernisierung der Verwaltung: Die Bundesregierung hat Mitte Juni die „Allianz für Transformation“ an den Start gebracht. Knapp 30 Vertreter*innen aus Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften und Wissenschaft sollen Lösungen für wichtige Transformationsaufgaben finden.

Subventionen leisten.“ Die Herausforderungen sind aber nicht nur finanzieller Natur. Immerhin muss das Geschäft am Laufen gehalten werden, während zeitgleich der Umbau vorangetrieben wird.

Und trotzdem sei die deutsche Stahlindustrie inzwischen bereit, diese Umstellung vorzunehmen, erklärt Patrick Graichen, 50, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz. Graichen ist kein Schwärmer. Schon in seinen Zeiten als Direktor der Denkfabrik „Agora Energiewende“ galt er als kühler Kopf und Pragmatiker. „Vor fünf Jahren bildeten Konzerne wie ThyssenKrupp, ArcelorMittal oder Salzgitter Stahl noch die Speerspitze der Klimaskeptiker*innen in Deutschland“, sagt Graichen. Inzwischen haben sie begriffen, dass die Umstellung auf grünen Stahl ihre einzige Überlebenschance ist. Die 180-Grad-Wende der Branche, betont der grüne Staatssekretär, sei „schon bemerkenswert“. Finanziert werden soll diese Transformation mithilfe der „Contracts for Difference“, eines politischen Instruments, das die Mehrkosten der grünen Elektrolyse zumindest in der Übergangsphase durch Staatsmittel deckt.

Wie die Märkte auf den teureren Stahl reagieren werden, könne niemand wirklich voraussagen, sagt Stefan Lechtenböhmer vom Wuppertal Institut. Aber Deutschland muss als innovativer Technologiestandort mit gutem Beispiel vorangehen, „sonst werden auch andere Staaten nicht nachziehen“. Die deutsche Expertise im Anlagenbau verpflichtet zu einer Vorreiterrolle. „Es ist zentral für Europa, dass wir in diesen Schlüsseltechnologien eine heimische Basis haben“, betont auch Staatssekretär Patrick Graichen. „Wie wir ja jetzt merken, kann die Abhängigkeit von anderen ordentlich nach hinten losgehen.“ Die allermeisten Menschen, so Graichen, hätten angesichts der aktuellen Lage begriffen, dass die Zeit der billigen fossilen Energieträger endgültig vorbei ist. „Die Bereitschaft der Bürger*innen, ihr Dach zu sanieren und eine Solaranlage oder Wärmepumpe zu installieren, ist nach Putins Einmarsch in der Ukraine dementsprechend groß.“

GRÜNE JOBBÖRSE

Immer leiser und seltener werden jene Stimmen, die behaupten, dass der sozial-ökologische Umbau Deutschland um seinen Wohlstand bringen könnte. Michael Vassiliadis, 58, Vorsitzender der Multibranchengewerkschaft, ist vom Gegenteil überzeugt. Der Chef der „IG Bergbau, Chemie, Energie“ glaubt, dass die Transformation einen Boom an grünen Arbeitsplätzen auslösen wird. Wenn er darüber spricht, kann er sich kaum auf seinem Bürostuhl halten vor lauter Tatendrang. Vassiliadis ist ein Macher. Nach Meinung des ehemaligen Chemielaboranten und heutigen Präsidenten des europäischen Verbunds der Industriengewerkschaften hat Deutschland einen Wendepunkt überschritten. Auch für Vassiliadis steht fest: Ein Großteil des Establishments hat die Seiten gewechselt. Die einstigen Gegner der Transformation sind plötzlich „committed“. Natürlich gebe es noch Widerstand, sagt der Gewerkschafter, „aber die wichtigsten Player haben sich auf die Klimawende eingestellt“.

Die Lage stellt sich also ganz anders dar als noch vor Kurzem. So werden Investitionsentscheidungen zunehmend an die Nachhaltigkeit von Produktionsweisen gekoppelt und Unternehmen siedeln sich bevorzugt auch dort an, wo sie ihre Klimaziele erreichen können. 17 Milliarden Euro will etwa der Halbleiterhersteller Intel in seine neuen Fabriken in Magdeburg investieren. Seine Standortauswahl hatte das Unternehmen explizit von

Fotos: Adobe Stock/Hurcal, Adobe Stock/279photo



Die „IG Bergbau, Chemie, Energie“ möchte auch die soziale und beschäftigungspolitische Dimension der Transformation festschreiben, in Form von quantitativ und qualitativ verbindlichen Zielen für die Gestaltung von Arbeit, Ausbildung und Beschäftigung. Die Gewerkschaft fordert im Zusammenhang mit dem sozial-ökologischen Umbau der Industrie außerdem eine Modernisierung und einen Ausbau der Mitbestimmungsrechte von Arbeitnehmer*innen.

Grüne Transformation

der Verfügbarkeit von grünem Strom abhängig gemacht. „Der Druck von denjenigen, die sich ändern wollen – die Unternehmensführungen mit ihrer Dynamik, ihrem Geld, ihrer Power – dreht das Ding plötzlich auf eine andere Schnur“, meint Vassiliadis. Grüne Politik bekommt Rückenwind – und der Handlungsdruck wächst. Wenn die Industrie zu Investitionen bereit ist, „dann fragen die natürlich auch: Wo ist der grüne Strom? Wo ist die Trasse?“

Auch bei den Beschäftigten hat sich die Stimmung rasant verändert. Beim Großteil seiner fast 600.000 Gewerkschaftsmitglieder sei die Bereitschaft, ihren Beitrag zur Transformation zu leisten, hoch. „Die sagen dann: Zack, zack! Wir wollen unseren Arbeitsplatz nicht verlieren, weil wir zu langsam waren.“ Die Beratungsfirma Deloitte hat in einer Studie vom Herbst 2021 vorge-rechnet, dass die Folgen der Klimakrise allein in Deutschland 730 Milliarden Euro bis zum Jahr 2070 kosten könnten – mehr als ein Fünftel der heutigen Wirtschaftsleistung. Zugleich sollen demnach in den kommen-den 50 Jahren bis zu 470.000 Jobs verloren ge-hen, wenn nicht gehandelt wird.

Vassiliadis unterstützt die Politik des grünen Wirtschaftsministers Robert Habeck. Gleichzeitig warnt er vor einer „Romantisierung“ der Transformation. Es werde auch weiterhin knallharte Interessen geben und ganz unterschiedliche Betroffenheiten, Perspektiven und Strategien. „Die Erneuerbaren sind zu uns gekommen, als ginge es um einen guten Zweck. Aber da sind ja auch Konflikte.“ Auch der Umbau auf regenerative Energien und klimaneutrale Produktionsweisen wird deshalb nicht ohne Streit, Verhandlungen und Kompromisse verlaufen.

Gefragt nach seiner eigenen Vision, klingt der Gewerkschaftsboss dann doch fast romantisch. „Wenn wir es mit unseren Innovationen schaffen, ein Wachstum, das nicht zerstörerisch ist, Gerechtigkeit und ein neues Verständnis von Wohlstand zu entwickeln, ist das das Faszinierendste, was sich ein Gewerkschafter vorstellen kann.“ Als habe er sich bei zu viel Pathos ertappt, fügt er schnell hinzu: „Auch grüne Start-Up-Unternehmen müssen sich ja übrigens um korrekte Arbeitsbedingungen kümmern. Die sind oft so ergriffen von ihrer Mission, dass sie sich manchmal fast wie eine NGO vorkommen. Ich will gar nicht spitz klingen, aber es ist mir als Gewerkschafter natürlich wichtig, dass es Betriebsräte gibt und Tarifverträge.“

HandwerksGrün ist ein Verein, der sich für die Belange von Handwerker*innen stark macht, Öffentlichkeitsarbeit betreibt, berufspolitische Initiativen ins Leben ruft und eine Basis für den Austausch zwischen der grünen Partei und dem Handwerk bieten möchte. Bei HandwerksGrün sollen Menschen vernetzt werden, die die Klimawende aus dem Handwerk heraus gestalten wollen.

Handwerker*innen gesucht

Ohne die 256.900 land- und forstwirtschaftlichen Betriebe und die 5,5 Millionen Handwerker*innen wird der sozial-ökologische Umbau nicht gelingen. Wenn der Ausbau der Solarenergie momentan stockt, hat das hauptsächlich mit dem Fachkräftemangel zu tun. Dachdecker*innen, Zimmerleute und Solarmonteur*innen werden händierend gesucht. Laut dem Zentralverband des Deutschen Handwerks fehlen mindestens 250.000 Fachkräfte in den verschiedensten Bereichen. Ganz besonders drastisch sei der Mangel in der Baubranche, sagt Steinmetz-Meisterin Astrid Hilt, 47. „Das sind Zehntausende Menschen, die die Energiewende vorantreiben könnten.“

Mehr als die Hälfte aller handwerklichen Betriebe in Deutschland kann Stellen nicht besetzen. Von der grünen Landesvorsitzenden in Bayern, Eva Lettenbauer, kam jüngst sogar der Vorschlag, jede*r Schüler*in, egal welcher Schulart, sollte zwei Praktika in einem Lehrberuf absolvieren.

Dass der Nachwuchs ausbleibt, so Astrid Hilt, habe viel mit dem schlechten Image des Handwerks zu tun. Bei vielen Menschen würden Handwerker*innen immer noch als ungebildet und „einfach gestrickt“ gelten, sagt Hilt, Sprecherin der Anfang 2021 gegründeten Initiative HandwerksGrün. Eine Möglichkeit, gegen das falsche Klischee anzukämpfen, ist die Selbstermächtigung. „Auf Instagram zeigen sich junge Menschen aus dem Handwerk selbstbewusst, humorvoll und ganz anders als man das sonst so kennt.“

Hilts eigener kleiner Betrieb beschäftigt Frauen und Männer aus verschiedenen Kulturkreisen. Diversität und ein gesunder Frauenanteil gehören zu den Rezepten, die sie der Branche verordnet. Wenn Frauen mit im Team sind, sagt die umtriebige Bildhauerin, habe



ein Betrieb eine ganz andere Außenwirkung. Ein partnerschaftlich aufgestellter, zeitgemäßer Betrieb macht sich dann oft auch bezahlt.

In der Transformation sieht Hilt eine große Chance für das Handwerk. Schon allein, weil sie vielen Menschen neben der Jobsicherheit ein „Leben und Arbeiten mit Sinn“ ermöglichen werde. Und eins steht fest: Viele Begriffe, die im Kontext mit der Energiewende gebraucht werden, gehören zu den Kernkompetenzen des Handwerks: Umrüstungen und Umnutzungen, Kreislaufwirtschaft, Reparaturen und Upcycling. Wenn in Zukunft der Fokus vieler handwerklicher Betriebe stärker auf der Reparatur liegen soll, muss aber auch die Ausbildung der Lehrberufe angepasst werden. Umso wichtiger, so Hilt, werden dann der Kundendienst und der Kontakt mit den Menschen.

Das Handwerk bietet aufgrund seiner Regionalität aber noch andere Chancen. „Es liegt in der DNA des Handwerks, dass man Leute im Betrieb aufnimmt, die vielleicht einen schlechten Schulabschluss haben.“ Ihr Vater, erinnert sie sich, habe mit dem Azubi früher abends auch mal Mathe gepaukt. Eine Stärkung des Handwerks kann also auch die Solidarität innerhalb einer Gesellschaft stärken und Menschen Arbeit bieten, die durch die üblichen Raster des Bildungssystems zu fallen drohen.

Die Baubranche hat einen extrem hohen Ressourcenverbrauch und recycelt bisher nur wenig. Allein in Deutschland werden jährlich 517 Millionen Tonnen mineralische Rohstoffe wie Kalk, Gipsstein, Kies und Sand verbaut. Gleichzeitig entstehen beim Bau und dem Abriss von Gebäuden mehr als 200 Millionen Tonnen Abfälle, mehr als die Hälfte des deutschen Müllaufkommens.

baus, fordert die Verringerung des Konsums tierischer Lebensmittel und damit einhergehend eine deutliche Reduzierung der Nutztierbestände.

Klingt gut, findet Kathrin Muus, 28 Jahre alt und selbst Mitglied der Kommission, ändert aber zunächst einmal wenig an der Unsicherheit, die viele Landwirt*innen empfinden, wenn sie das Wort Transformation hören. „Ganz sicher“, sagt Muus, bis vor Kurzem Vorsitzende der Deutschen Landjugend, „werden in Zukunft noch viele Bäuerinnen und Bauern ihre Höfe aufgeben“. Betriebe, die sich nicht mehr rentieren, den künftigen Regulierungen nicht entsprechen oder deren Besitzer*innen keine Nachfolger finden. Muus kennt sich in diesen Fragen aus, die Agrarwissenschaftlerin beschäftigt sich seit Jahren intensiv mit dem Thema Hofnachfolge und Unternehmensgründung. Sie glaubt, dass sich zunehmend Betriebsformen durchsetzen werden, in denen die Energieerzeugung, Pflege, Therapie, der Tourismus oder die Kinderbetreuung ein zweites Standbein darstellen können. In der Vermarktung gehen viele Betriebe schon seit langem neue Wege. Beim Konzept der „Solidarischen Landwirtschaft“ beispielsweise, einer Art Abosystem, das sich immer stärker verbreitet. Dabei entscheiden die Verbraucher*innen mit, was mit welchen Methoden angebaut wird.

Zukunft der Landwirtschaft

Noch etwas bodenständiger wird das Thema Transformation, wenn man sich aufs Land begibt. In der Landwirtschaft soll und muss sich vieles bewegen in den kommenden Jahren. Man müsse das Agrarsystem darauf anlegen, „dass die Vermeidung schädlicher Effekte sowie die Steigerung positiver Wirkungen auf Klima, Umwelt, Biodiversität, Tierwohl und menschliche Gesundheit im unternehmerischen Interesse der landwirtschaftlichen Produzenten liegen“. So steht es im Abschlussbericht der Zukunftskommission Landwirtschaft, veröffentlicht im Juli 2021 im Auftrag der damaligen Bundesregierung. Das Expertengremium aus Bauernverband, Umweltgruppen und Wissenschaftler*innen bekennt sich darin zum Ausbau des Ökoland-


HEINRICH BÖLL STIFTUNG

Ausgabe 2–22, Juni 2022, 44 Seiten
Globale Umweltpolitik 50 Jahre nach
Stockholm 1972. Mit dieser Ausgabe
blicken wir nicht nur zurück, sondern
auch nach vorne. Was können wir besser
machen, damit die notwendige Transfor-
mation noch gelingt? Mit Beiträgen u.a.
von Barbara Unmüßig, Imme Scholz,
Steffi Lemke, Jane Patton, Wolfgang
Sachs, Anna Cavazzini, Sunita Narain



Ausgabe 1–22, Mai 2022, 44 Seiten
Verantwortung ist keine Sache der anderen, sondern aller Bürger:innen. Individuell und institutionell, privat, zivilgesellschaftlich, politisch, wirtschaftlich.
Mit Beiträgen u.a. von Stefan Gosepath, Julia Friedrichs, Omid Nouripour, Giorgio Franceschini, Bastian Hermisson und Asal Dardan.

boell.de/thema

Heinrich-Böll-Stiftung

Schumannstr. 8, 10117 Berlin **boell.de**



In der gegenwärtigen Transformation sieht Muus eine Chance für die Gesellschaft und die Landwirtschaft, wieder enger zusammenzuwachsen. Derzeit ist die Kluft zwischen den Erfahrungswelten der meisten Konsument*innen und Landwirt*innen groß. Trotzdem zeigen Umfragen, dass Landwirt*in keinesfalls als unattraktiver Beruf eingestuft wird. „Viele junge Menschen fühlen sich wegen ihrer Liebe zur Natur und zu Tieren zum Agrarsektor hingezogen, scheuen aber vor den niedrigen Einkommen und der schwierigen Work-Life-Balance zurück.“ Die Digitalisierung, so Muus, könne da eventuell einiges abfedern. „Oder gemeinschaftliche Betriebsformen, die gebildet werden, um Urlaub und Freizeit für alle zu ermöglichen“.

Wer von der Landwirtschaft spricht, vergisst oft, dass es gerade in Deutschland extrem unterschiedliche Varianten gibt: vom winzigen Biohof bis zur großen Agrarfabrik, vom Nebenerwerbslandwirt bis zur kollektiv geführten Landkommune, vom Kartoffelkombinat bis zum Mastbetrieb. Man dürfe die Landwirt*innen nicht in eine Schublade stecken, sagt Muus und wünscht sich mehr Dialog zwischen den Erzeugern und den

Im Bericht der Zukunftskommission Landwirtschaft heißt es, dass die Landwirtschaft derzeit gesellschaftliche Folgekosten von mehr als 90 Milliarden Euro pro Jahr erzeugt, beispielsweise durch den Verlust von biologischer Vielfalt, belastetem Grundwasser oder Luftverschmutzung. Im Vergleich dazu fallen die sieben bis elf Milliarden Euro jährlich, die die Zukunftskommission für die sozial-ökologische Transformation der Landwirtschaft fordert, deutlich geringer aus.

Kund*innen. „Wir sollten aufeinander zugehen, um eine Transformation zu schaffen, bei der nicht wieder jemand hinten runterfällt.“

IM OSTEN WAS NEUES

Der Osten, das betont Anja Siegesmund, 45, gleich zu Beginn des Gesprächs, weiß schon lange, wie Transformation geht. Man blickt hier auf immerhin 31 Jahre Transformationserfahrung zurück. Die thüringische Energie- und Umweltministerin kann sich noch gut an ihre Kindheit mit dampfenden Schloten er-

innern und an die verschmutzten Flüsse, in die man in DDR-Zeiten die Industrieabwässer ungeklärt geleitet hatte. Von solchen industriellen Schreckensszenarien ist das Bundesland heute weit entfernt.

Schon 1998 hat Thüringen den Kohleausstieg geschafft und verfügt inzwischen mit über 60 Prozent Anteil erneuerbarer Energie an der eigenen Stromproduktion über einen der niedrigsten CO₂-Abdrücke der Republik. „Thüringen ist der Entwicklung damit in vielerlei Hinsicht voraus“, sagt die stellvertretende Ministerpräsidentin des Landes. Im Westen weiß kaum jemand etwas davon. Und trotzdem muss natürlich auch in Thüringen noch vieles passieren. Gerade jetzt, wo die Klimakrise das Land mit voller Wucht trifft und die verdorrten Fichten unübersehbar sind. Auch die Starkregenereignisse und die Niedrigwassersituation spitzen sich immer mehr zu. „Nur, was sich verändert, bleibt bestehen“, zitiert die Ministerin den Dichter Friedrich Schiller, immerhin ein langjähriger Bürger Jenas. Ohne Energiewende, übersetzt sie den Klassiker für die Gegenwart, werde man die Landschaften in naher Zukunft nicht mehr wiedererkennen können.

Umso wichtiger ist es, dass der Osten nun endlich auch Rückenwind aus Berlin erhält. „Was das Bundeswirtschaftsministerium in den letzten drei Monaten auf den Weg gebracht hat, stellt die Energiepolitik der letzten 16 Jahre in den Schatten.“ Siegesmund lobt den Richtungs- und Tempowechsel. Endlich würden Hemmnisse abgebaut, der Mieterstrom begünstigt, die Einspeisevergütung erhöht und die Bürgerenergie gestärkt. „Auch die Weiterentwicklung der finanziellen Beteiligung von Kommunen bei Wind- und Solarprojekten ist für die Akzeptanz vor Ort entscheidend.“ Man müsse dem „Früher war alles besser“ der Rechten ganz dringend eine gute Zukunft entgegensetzen: grüne Arbeitsplätze, Landschaftsschutz, Digitalisierung und Mobilität.

Umso mehr freut sich Siegesmund darüber, dass die bedeutende Glasindustrie im Süden Thüringens längst verstanden hat, wie wichtig der klimaneutrale Umbau für das Überleben der Branche geworden ist. Die Carl Zeiss AG etwa visiert die CO₂-Neutralität bereits für das Jahr 2025 an. Damit hat die Industrie etwas vollzogen, was viele Politiker*innen in Thüringen nicht wahrhaben wollen. „Die CDU in Thüringen hat mehr Angst vor Windrädern als vor Atomkraft“, sagt Anja Siegesmund. „Und ich werde nicht müde, denen deutlich zu machen, dass sie auf dem falschen Pferd sitzen.“

Laut geheimen Umweltdaten der DDR-Regierung, die nach der friedlichen Revolution von 1989 zum ersten Mal in die Öffentlichkeit gelangten, waren Luft, Gewässer und Boden im Osten Deutschlands zu großen Teilen „katastrophal belastet“. Die Verschmutzung der Luft hatte vielerorts gesundheitsschädliche Ausmaße. In den Industriegebieten häuften sich Atemwegs- und Hauterkrankungen. Der Anteil der Wälder mit deutlichen Schäden war doppelt so hoch wie in der BRD.

Dabei wären auch viele Kommunen und Waldbesitzer*innen froh über die Mehreinnahmen, die die Windkraftanlagen erwirtschaften. Aber ohnehin ist durch die Vorgaben des Bundes derzeit viel in Bewegung. In Zukunft werden die Länder zwei Prozent ihrer Landesfläche für Windenergie ausweisen müssen. „Am Ende“, so die Energieministerin, „kommt die Wertschöpfung allen Bürger*innen zugute und stellt einen wichtigen Standortfaktor dar.“

Und dann kommt Anja Siegesmund auf eine „eigentlich ganz kleine Initiative“ zu sprechen, deren Erfolg sie selbst nicht vorhergesehen hatte. Mit dem sogenannten „Reparaturbonus“ unterstützt das Thüringer Umweltministerium Bürger*innen, die ihre Elektrogeräte nicht einfach wegwerfen wollen. Jede Reparatur wird finanziell unterstützt und wer selber Hand und Schraubenzieher anlegen möchte, bekommt die Ersatzteile anteilig gesponsort. Eine Maßnahme, die den Nerv der Thüringer*innen anscheinend haargenau trifft und für mehr Resonanz sorgt als manch eine lang erkämpfte Gesetzesänderung. Siegesmunds Erklärung für das überwältigende Feedback? Es gebe eben im Osten noch aus DDR-Zeiten eine ausgeprägte Tüftler*innenkultur. „Man kam damals nur über die Runden, wenn man seinen Trabbi oder seine Waschmaschine selber reparieren konnte.“ Das zahlt sich heute im wahrsten Sinne des Wortes aus.

ANZEIGE

Verband der Privaten Krankenversicherung

Endlich wieder Teil einer Jugendbewegung.
Der neue Generationenvertrag für die Pflege.

Wenn Alt und Jung zusammenhalten, haben alle eine sichere Zukunft.
Das gilt besonders für die Pflege. Damit sie bezahlbar bleibt, muss sich dringend etwas ändern. Unser Vorschlag: die Älteren solidarisch unterstützen und die Jüngeren beim Aufbau einer eigenen Vorsorge fördern.

www.pkv.de/generationenvertrag

Grüne Geldanlagen
Neue Wind- und Solarparks in Deutschland, Europa und weltweit

Ihr Partner für ökologische Geldanlagen
Investieren Sie jetzt in die Energiewende!
✓ Wirtschaftlich attraktiv ✓ Ökologisch sinnvoll

Infos: T. 0421 - 59 64 79 60 • www.gruene-sachwerte.de

Ausgabe 3 | 2022

HANDEL & GEWERBE

In diesem Heft geht es um Wirtschaftsförderung, Handwerk und Nachhaltigkeit, um Gewerbe in der Stadt und die Transformation eines Industriestandorts. Es geht um das Messegewerbe nach Corona und die Nachnutzung eines Kaufhauses, um regionale Ernährungswirtschaft und Dorfläden.

Weitere Themen:

- Aufnahme Geflüchteter aus der Ukraine: Erstmal ankommen
- Energie-Krise – Kurz vor dem Überkochen
- Region Hannover: Klimaanpassung klar kommunizieren
- Gendersensible Sprache in der öffentlichen Verwaltung
- Mein Recht als Ratsmitglied: Gleichbehandlung

Einzelpreis: 11 Euro plus 1,40 Euro Versand
Abopreis (6 Ausgaben): 60 Euro

Bestellen Sie direkt bei uns – auch online: www.akp-redaktion.de
Alternative Kommunalpolitik (AKP) e.V.
Luisenstr. 40 | 33602 Bielefeld | Tel. 0521 177517 | akp@akp-redaktion.de

Lisa Paus (*1968 in Rheine, NRW), hier noch mit Brille, sitzt seit 2009 für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bundestag. Von 2013 bis 2021 war sie steuer- bzw. finanzpolitische Sprecherin ihrer Fraktion, zuletzt war sie stellvertretende Fraktionsvorsitzende und seit dem 25. April 2022 ist sie Bundesministerin für Familie, Frauen, Senioren, und Jugend. Nach dem Tod ihres Lebenspartners hat sie ihren Sohn allein großgezogen. Die Familie lebt in Berlin. Als „bekenkende Feministin“ wurde Lisa Paus Mitglied der GRÜNEN. Es macht sie stolz, dass der Kampf um Gleichstellung mittlerweile ein grünes Markenzeichen ist.

„Klare Kante auf verbindliche Weise“

Lisa Paus, 53, hat vor knapp zwei Monaten das **Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** übernommen. Mit uns spricht sie über ihren **persönlichen und politischen Wandel**.

„Transformation“ ist das Thema dieses Hefts. Du bist seit 25. April Familienministerin. Was hat sich für dich seitdem verändert?

Die größte Transformation für mich ist, dass ich jetzt keine Brille mehr trage, sondern Kontaktlinsen (lacht).

Und siehst du jetzt besser?

Genauso gut, der Wechsel hat hervorragend funktioniert. Eine Brille ist ja für eine Politikerin, die wie ich lange in sozusagen harten Politikfeldern wie der Finanzpolitik unterwegs war, auch ein Statement. Die Brille brauche ich nicht mehr. Aber die Kompetenzen, die ich mir erarbeitet habe, nehme ich gerne mit: Als Finanzpolitikerin habe ich mich mit vielen Bereichen, die für dieses Ministerium wichtig sind, schon beschäftigt.

Sind optische Botschaften für eine Politikerin tatsächlich so wichtig?

Heutzutage wird leider aus fast allem eine Botschaft gemacht. Mir ist klar, dass ich jetzt als Familienministerin anders kommunizieren muss und darf. Dennoch ist die große Öffentlichkeit, die mit dem Amt einhergeht, eine Umstellung für mich. Wenn ich jetzt vor die Haustüre trete, muss ich darauf vorbereitet sein, dass sich eine Kamera auf mich richtet. Aber ich fahre trotzdem nach wie vor jeden Morgen mit dem Fahrrad ins Büro. Diese Gleichzeitigkeit von gewohnten Alltäglichkeiten und ständiger Veränderung, die finde ich superspannend – in meinem persönlichen Leben, aber auch in der Politik.

Was sind deine Prioritäten als neue Familienministerin?

Die aktuellen Herausforderungen zu bewältigen und dabei die Chancen für strukturellen Wandel und gesellschaftliche Modernisierung unbedingt zu nutzen. Ein Riesenprojekt ist die Kindergrundsicherung, die ich mit entwickelt habe. Wir wollen eine Reihe von familienpolitischen Leistungen wie etwa Kindergeld und Kinderfreibetrag bündeln, verbessern und automatisch auszahlen, um Kinderarmut effektiv zu bekämpfen. Inzwischen sind sieben Ministerien involviert, das ist ein wirklich dickes Brett. Aber es ist wichtig, dass alle an Bord sind und ich bin froh, dass die Kindergrundsicherung ein Projekt der gesamten Bundesregierung ist.

Bleibt da überhaupt noch Zeit für andere Themen?

Unbedingt. Ein weiteres superrelevantes Thema derzeit sind die drastischen physischen und psychischen Folgen der Pandemie für Kinder und Jugendliche. Es ist mir besonders wichtig, Kinder und Jugendliche nach dieser für sie besonders schweren Zeit zu stärken. Auch die vielen schutzbedürftigen Frauen und Kinder, die in Folge des Ukraine-Kriegs zu uns kommen, stellen uns vor Herausforderungen. Zudem ist mir eine aktive Seniorenpolitik sehr wichtig.

Alles drängende Probleme. Wie kann man kurzfristigen Handlungsbedarf und den langfristigen Strukturwandel unter einen Hut bringen?

Schritt für Schritt, es gibt keine andere Möglichkeit. Der Koalitionsvertrag ist dabei für mein Haus eine super Rückendeckung. Gerade im Bereich der Gesellschaftspolitik gibt es in der Ampel viel Übereinstimmung. Nach 16 Jahren Unionsregierung hinkt die Politik der Lebensrealität in Deutschland hinterher. Wir müssen dafür sorgen, dass die Regierung mit der gesellschaftlichen Entwicklung wieder Schritt hält und ich bin mit meinem Haus maßgeblich verantwortlich dafür, diesen politischen Aufbruch zu organisieren. Schließlich ist das Familienministerium für die Lebenswelten von 100 Prozent der Bevölkerung zuständig. Deshalb finde ich für das BMFSFJ den Begriff des Gesellschaftsministeriums so passend. Für mich ist die zentrale Frage, ob und wie wir als Gesellschaft und Demokratie gut durch diese Veränderungen kommen und aus dieser Umbruchphase gestärkt hervorgehen.

Nicht alle begrüßen die geplanten Veränderungen. Wie kann es gelingen, diese auch gegen Widerstand durchzusetzen?

Durch die Verschleppung des politischen Aufbruchs scheinen die anstehenden Veränderungen jetzt vielleicht größer, als sie eigentlich sind. Das merkt man auch an den irrationalen Reaktionen auf Vorhaben wie etwa der Abschaffung des Transsexuellengesetzes und der Einführung eines Selbstbestimmungsgesetzes oder der Förderung von intersektionalem Feminismus. Wir benötigen mehr Angebote und Raum für Begegnung, um dem entgegenzuwirken und einander besser zu verstehen. Soziales Miteinander, ob analog oder digital, soll wertschätzend und diskriminierungsfrei sein. Das müssen wir ermöglichen und gleichzeitig Hass und Hetze Einhalt gebieten. Eine der zentralen Aufgaben meines Hauses ist es, den Kitt für den gesellschaftlichen Zusammenhalt anzurühren und so Stabilität zu schaffen.

Stehen Stabilität und Wandlungsfähigkeit im Widerspruch?

Wir Grüne stehen dafür, genau diesen Widerspruch aufzulösen. Nicht umsonst trägt unser neues Grundsatzprogramm auch den Untertitel „Veränderung schafft Halt“. Es geht darum, die innere Stärke der Gesellschaft zu stützen. Und nicht darum, eine äußerliche Stabilität zu bewahren und vorzugeben, dass sich nichts verändern muss. Für mich ist die Gesellschaft dann stabil, wenn das Fundament so robust ist, dass es auch bei Belastung nicht auseinanderbricht. Alle, die sich mit kindlicher Entwicklung beschäftigen haben, wissen, dass ein Kind sich zu allererst sicher und geborgen fühlen muss, aber zugleich Anreize und Herausforderungen von außen braucht, um widerstandsfähig zu werden. Das ist auch auf unsere Gesellschaft übertragbar. Widerstandsfähigkeit stärken und Überforderung verhindern, das ist derzeit die Aufgabe von Politik insgesamt.

Wie wichtig ist es für dich selbst, wandelbar zu bleiben? Zu reflektieren und – wenn nötig – auch die Position zu wechseln?

Das bin ich! Immer mal einen Schritt zurückzutreten und Standpunkte zu hinterfragen, das macht meine Persönlichkeit aus. Ich bin jetzt schon über fünfzig. Als aktive Politikerin habe ich in zwanzig Jahren natürlich einiges erlebt und sehe manche Dinge inzwischen um einiges gelassener. Und ich bin bekannt dafür, nicht auszuweichen und klare Kante zu zeigen – aber hoffentlich auf eine verbindliche Art und Weise.

Papier oder Pixel

Was ist nachhaltiger – ein Online- oder ein Printmagazin?

Im ersten Moment denkt vermutlich fast jede*r: Wer papierlos liest, rettet Wälder und reduziert seinen CO₂-Fußabdruck. Aber: **Die Sache ist viel komplexer.** Forscher*innen vergleichen die **Ökobilanzen** des gesamten Lebenszyklus von **Print und Digital**. Eine Recherche von Nataly Bleuel.

01 Rohstoffgewinnung



Print:
Stammt das Papier aus Holz, ist es recycled oder kommt es aus ökologischen Plantagen? Woher kommt die Druckertinte?



Digital:
Welche Metalle werden wo mit wie viel Energieverbrauch für das digitale Endgerät gefördert?

8 Bäume

werden benötigt für 100.000 Blatt Papier. Das verursacht einen Fußabdruck von 6.000 Kilogramm CO₂-Äquivalenten.

Bis zu 90

stabile und nicht wiederverwertbare Metalle sind in digitalen Endgeräten verbaut.

„Eines gilt für Papierzeitung und digitales E-Paper: Je kompakter die Zeitung oder je kleiner das Gerät, umso besser.“

Dr. Johanna Pohl
forscht an der TU Berlin zu Umwelteffekten von digitalen Dienstleistungen

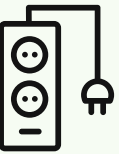
„Man kann nicht sagen, das eine ist besser als das andere.“

Prof. Siegfried Behrendt
forscht am Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung (IZT) in Berlin zu ökologischem Wirtschaften

02 Herstellung



Print:
Wie hoch ist der Stromverbrauch der Druckmaschinen und wie sieht ihre CO₂-Bilanz aus? Stammt der Strom aus regenerativen Energiequellen? Wie ressourceneffizient und wie energieeffizient sind die Maschinen, sind sie refurbished, also wiederverwertet, wie ist die Nutzungsdauer und ihre Reparaturfähigkeit?



Digital:
Wie hoch ist der Stromverbrauch der digitalen Endgeräte und wie sieht ihre CO₂-Bilanz aus und kommt der Strom aus regenerativen Energiequellen? Wie modern sind die Geräte, wie nachhaltig gebaut?

270 kg

So hoch ist der Kohlendioxidausstoß, der durch die Energienutzung bei der Herstellung eines Laptops verursacht wird. Diese bei der Herstellung verbrauchte Energie entspricht 70 Prozent des Verbrauchs während der gesamten Lebensdauer des Geräts.

Icons: The Noun Project, Quellen: Wolfgang Behrendt, Johanna Pohl, Except Integrated Sustainability

04 Nutzung



Print:
Wie viele Personen lesen das Magazin? Wie lange liest der und die Einzelne? Wie viele Artikel werden gelesen?



Digital:
Welches Endgerät wird zum Lesen genutzt? Laptop, 30-Zoll-Screen, Smartphone, E-Reader? Ist es ein Alt- oder Neugerät? Wie lange am Tag wird gelesen? Wie viel wird gesurft – mobil oder im WLAN?

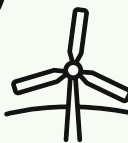
23,4 Gramm

pro Lesestunde. So groß ist der CO₂-Fußabdruck eines 17-Zoll-Laptop-Bildschirms.

03 Vertrieb



Print:
Wie gelangt das Produkt zu den Leser*innen? Via Transporter, Auto, E-Auto, Flieger, Bahn, Rad, E-Bike? Welche Umweltkosten verursachen Herstellung und Vertrieb dieser Geräte?



Digital:
Wird das Lesegerät verschickt und das PDF per Mail oder zum Download angeboten? Mit welchem Strom wird der Server gehostet?

Ein 20-seitiger

Artikel braucht für die Übertragung von 1 GB Datenvolumen etwa eine halbe Kilowattstunde Energie – für den Betrieb und die Kühlung der Server, auf denen Websites gespeichert werden. Die Emissionen einer Übertragung von 1 GB belaufen sich auf 0,2 bis 0,3 Kilogramm Kohlendioxid, je nach Stromquelle (Kohle, Gas, Erneuerbare).

10 %

des deutschen Stromverbrauchs entfallen auf Produktion, Nutzung, Entsorgung von Geräten und Betrieb von Rechenzentren und Kommunikationsnetzen.

„Valide Zahlen für den Nachhaltigkeitsvorteil des Digitalen zu bekommen, ist auch deswegen so schwierig, weil sich die digitale Technik schneller ändert als Wissenschaftler*innen Studien schreiben können.“

Luise Strothmann
Entwicklungsredakteurin der Chefredaktion der TAZ

05 Entsorgung



Print:
Wird das Papier erst noch anderweitig genutzt oder recycelt? Wie ist die Amortisation der Maschinen für Herstellung und Vertrieb?



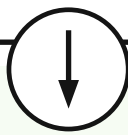
Digital:
Wie und wo wird der Elektronikschrott entsorgt? Wenn noch nutzbar, wird er einer Weiterverwendung zugeführt?

70 %

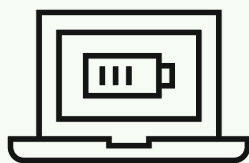
der Tageszeitungen in Europa werden auf recyceltem Papier gedruckt. Bis zu siebenmal kann ein Blatt Papier wiederverwendet werden.

54 Mio. Tonnen

Elektroschrott erzeugten wir Menschen im Jahr 2019. Die Menge an Elektroschrott steigt dreimal so schnell wie die Weltbevölkerung. Das sind 7,3 Kilo für jede*n Bewohner*in des Planeten. Es wurden aber nur 17 Prozent recycelt.



Papier oder Pixel? Ein Fazit!



TIPP

Versuche, die Lebensdauer deines Laptops oder gedruckter Materialien zu verlängern.

Was ist nachhaltiger – ein Online- oder Printmagazin? Einfache Frage, schwierig zu beantworten. Aufgrund der vielen Variablen ist es beinahe, als würde man Äpfel und Birnen vergleichen. Wir spielen es trotzdem mal durch, indem wir die möglichst energiesparende und nachhaltige Idealversion der Produkte annehmen – und das auf ihren gesamten Lebenszyklus bezogen.

Papier ist nachhaltig, wenn ...

- das Papier aus ökologischen Plantagen stammt und wiederverwendet wird,
- es nicht weit transportiert werden muss,
- man Druckmaschinen mit einem geringen Stromverbrauch (aus erneuerbaren Energien) hat, die sich lange halten und gut amortisieren und nicht mit (chemischen) Mitteln betrieben werden, die die Umwelt, die Luft und das Wasser belasten,
- man das Magazin per Bahn, E-Auto oder Rad liefert, hergestellt mit geringem Ressourcen- und Energieverbrauch und betrieben mit einem Strommix aus erneuerbaren Energien,
- es mehrere Personen lesen,
- wenn das Magazin länger als 30 Minuten gelesen und
- das Papier recycled wird.

Digital ist nachhaltig, wenn ...

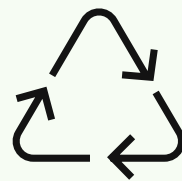
- man nachhaltig hergestellte Computer nutzt,
- man Rechenzentren für die Bereithaltung der Daten so konzipiert, dass sie möglichst wenig Strom verbrauchen – aus erneuerbaren Energien,
- das Magazin per Festnetz lädt statt übers Mobilnetz,
- man gezielt liest und wenig surft, am besten offline,
- das Magazin mit suffizienten statt effizienten Daten bestückt ist, das heißt: Bilder in geringer Auflösung, wenig Werbung, nicht blinkend, bewegt und voll mit Daten, keinem Tracking, alles datenmäßig so schlank wie möglich, damit beim Streamen und Surfen nicht so viel Energie verbraucht wird,
- man energiesparend konsumiert, also nicht auf einem uralten Endgerät oder einem Monster-Screen,
- die Endgeräte so lange wie möglich genutzt, bei kommunalen Sammelstellen oder den Rücknahmestellen im Handel abgegeben und dann recycelt werden.



TIPP

Speichere Artikel aus dem Netz, wenn du sie mehrmals lesen willst.

Wenn man all das gegeneinander abwägt, dann sind diese Äpfel und Birnen immer noch kaum zu toppen von einer E-Paper-Ausgabe des Magazins, die einmal am Tag heruntergeladen wird auf einen E-Reader aus nachhaltig und fair hergestelltem Material, mit geringem Stromverbrauch aus einem nachhaltigen Strommix und mit umweltfreundlicher Entsorgung nach einer möglichst langen Lebensdauer des Geräts. Denn das ist,



TIPP

Achte darauf, Elektronikschrott und Papier ordnungsgemäß zu recyceln.

das können all die komplexen Ökobilanz-Vergleichs-Studien zum Thema Print oder Digital sicher sagen, eindeutig die umweltfreundlichste Variante, ein Magazin zu lesen.

Was man aber tun kann, ist all den Forscher*innen und Expert*innen aus der Green IT zu folgen, die sagen: Anstatt sich andauernd zu martern und zu kasteien, wie man als einzelne*r Verbraucher*in alles richtig macht – engagiert euch als Bürger*innen und fordert von den Regierenden mehr Regulierung, um digitale Technologien nachhaltiger zu machen!

Für ihre Beratung danken wir Johanna Pohl, die an der TU Berlin und in einem europäischen Recherche-Netzwerk zu tiefgreifenden Übergängen zur Nachhaltigkeit forscht.



TIPP

Lies wenn möglich mehr offline und schalte das Gerät aus, wenn du es nicht benutzt.

greenpeace magazin.

Unsere Textilien für Erwachsene, Jugend und Kids

- » Nach strengsten Greenpeace-Kriterien produziert
- » Mit zertifizierter, bester Bio-Baumwolle
- » Mit transparenter Lieferkette – vom Saatgut bis zum Shop
- » Faire Löhne für alle Beteiligten



Unser Magazin

- » 6 Ausgaben im Jahr, schon ab 35,50 Euro
- » Konstruktiver Journalismus, werbefrei und 100% leserfinanziert
- » Inklusive toller Prämie
- » Alles zum Abo: greenpeace-magazin.de/abo



Deutschlands größtes Umweltmagazin mit seinem
Online-Shop für konsequent ökologische Produkte
warenhaus.greenpeace-magazin.de



Team Nieder- sachsen

WARUM GRÜN FÜR NIEDERSACHSEN?

Christian: Wir wollen Niedersachsen zum Energiewendevorreiter machen, indem wir zum Beispiel die Flächen für Windenergie on- und offshore deutlich vergrößern.
Julia: Damit wir endlich die Zukunft aktiv gestalten und ein Jahrzehnt der Reformen einläuten können.

WAS ICH MICH SCHON IMMER FRAGE:

Julia: Warum auf absehbare Folgen zu spät oder gar nicht reagiert wird.

BOCK AUF BESSER, ...

Julia: ... weil viele Menschen nicht mehr glauben, dass es ihre Kinder einmal so gut haben werden, wie sie selbst. Wir wollen deshalb massiv in Schulen, Hochschulen, Krankenhäuser, Digitalisierung investieren und eine sozial-ökologische Wirtschaftswende auf den Weg bringen.
Christian: ... weil die Große Koalition in Niedersachsen für Stillstand und Rückschritt steht. Ein starkes Grün treibt mit Lust und Ideen das Land voran.

WIE BRINGT MAN EIN LAND IN SCHWUNG?

Julia: Indem man konkrete Perspektiven entwickelt, wie zum Beispiel unser geplantes Klimaticket für zwei Euro, das in ganz Niedersachsen den öffentlichen Nahverkehr für alle erschwinglich machen und so zukunftsweisende Mobilität fördern soll.
Christian: Endlich machen. Ein Turbo für Sonne und Wind. Raus aus den fossilen Energien, Moore und Wälder retten, eine echte Naturschutzoffensive starten und die Agrarwende vorantreiben.

MEINE ERSTE AMTSHANDLUNG IN DER REGIERUNG:

Christian: Das Klimagesetz auf den 1,5-Grad-Pfad bringen!
Julia: Mit der größten grünen Landtagsfraktion, die wir je hatten, einen Plan für ein solidarisches und ökologisches Niedersachsen schmieden.

DARUM SIND WIR EIN GUTES TEAM:

Christian: Weil wir uns seit Jahren kennen, schätzen, gemeinsam lachen und auf einer Wellenlänge in die gleiche Richtung surfen.
Julia: Weil wir gemeinsam mit Gelassenheit und Mut die richtigen Antworten auf die Fragen unserer Zeit haben.

WARUM SIND ZWEIFEL WICHTIG?

Christian: Um grüne Ziele auch auf innovativen Umwegen zu erreichen.
Julia: Zweifel stärken das Vertrauen in die eigenen Entscheidungen.

WIE SCHAFFE ICH VERTRAUEN?

Julia: Durch Klarheit, Diskussionen auf Augenhöhe, Verlässlichkeit und nicht zuletzt die Fähigkeit, offen zuzuhören und Menschen zu verbinden.
Christian: Glaubwürdig und geradlinig bleiben – auch wenn die eigenen Themen gerade keine Konjunktur haben.

WAS IST GERECHT?

Christian: Wenn die Kluft zwischen Arm und Reich kleiner wird.
Julia: Wenn niemand mehr auf Grund von Alter, Geschlecht, Herkunft, sexueller Orientierung oder Identität ausgegrenzt wird und jede*r teilhaben kann.

PAPIER ODER TABLET?

Christian: Tablet, dann muss ich nicht so viel ausdrucken :-)

VIELFALT IST DIE VORAUSSETZUNG FÜR...

Christian: ... eine an Menschenwürde, Gleichheit und Menschenrechten orientierte Gesellschaft.
Julia: ... ein spannendes und wertvolles Miteinander.

ARTENVIELFALT UND LANDWIRTSCHAFT ...

Christian: ... gehören zusammen. Dank des erfolgreichen Volksbegehrens „Artenvielfalt“ haben wir in Niedersachsen ein einzigartiges Bündnis zwischen Landwirtschaft und Naturschutzverbänden schließen können. Jetzt muss dieser „Niedersächsische Weg“ auch beschritten und weiter gefördert werden.

SONNTAGSBRATEN ODER SELLERIESCHNITZEL?

Julia: Veganer Sonntagsbraten mit Klößen.
Christian: Lecker Veggieschnitzel der Rügenwalder Mühle, die übrigens im niedersächsischen Bad Zwischenahn ihren Sitz hat.

WENN ICH MAL NICHT WEITER WEISS ...

Christian: ... gebe ich das zu.
Julia: ... gründe ich einen Arbeitskreis :-)

WAS HAT NIEDERSACHSEN ANDE- REN BUNDESLÄNDERN VORAUS?

Julia: Wir sind vielfältig durch und durch.
Christian: Bescheidenheit, Ruhe, Weltoffenheit und Standhaftigkeit.

GUT GESAGT AUF PLATTDEUTSCH:

Christian: Snaken is goodkoop, man Doon is en Ding. (Die Taten sind wichtig, nicht das Reden.)
Julia: Grütz ünner de Mütz is väl nütz. Ćwer'n gaudes Hart ünner dei West is dat best. (Ein bisschen Grütze unter der Mütze ist viel nütze. Aber ein gutes Herz unter der Weste, ist das Beste.)

WATTSPAZIERGANG ODER GEESTWANDERUNG?

Julia: Wattungspaziergang.
Christian: Waldwanderung. Ich liebe Bäume, schließlich bin ich im Weserbergland groß geworden.

DER SCHNELLSTE WEG VON BRAUNSCHWEIG NACH NORDERNEY?

Julia: Mit dem neuen Klimaticket natürlich.
Christian: Mit dem Zug bis Norden Norddeich und dann weiter mit der Fähre.

IN WELCHE RICHTUNG BLÄST DER WIND?

Christian: Vom Bund gibt es Rückenwind bei der Energiewende und wir nehmen ihn gerne auf für unseren Turbo in puncto erneuerbare Energien.
Julia: Das ist mir egal. Ich nehme den Wind, wie er kommt.

DAS WERDE ICH NIE VERGESSEN:

Christian: Den Wahlabend 2013, an dem wir erst spät abends eine knappe Mehrheit für eine grüne Mitregierung hatten.

DAS BRINGT MICH ZUM LACHEN:

Christian: Die Union.
Julia: Die Känguru-Chroniken.

DA HÖRT BEI MIR DER SPASS AUF:

Christian: Rassismus.
Julia: Ungerechtigkeit.

Julia Willie Hamburg wollte schon immer in einer gerechteren Gesellschaft leben. 2013 wurde sie erstmals in den niedersächsischen Landtag gewählt – als jüngste Abgeordnete. Seit zwei Jahren steht die Mutter von zwei Kindern der Fraktion vor und ist Oppositionsführerin.

Christian Meyer ist Diplom-Sozialwirt. Er setzt sich schon seit seiner Kindheit für Umwelt- und Artenschutz ein. Als ehemaliger Minister für Landwirtschaft, Ernährung und Verbraucherschutz in Niedersachsen hat er Regierungserfahrung und will den Klimaschutz voranbringen.



Raus aus der Lähmung

Die Frage, **wie man Menschen für den grünen Wandel begeistern kann**, beschäftigt nicht nur Politiker*innen, Ökonom*innen und Medienpsycholog*innen, **sondern auch Kulturschaffende wie den Regisseur Lars Jessen**. Ein Gespräch über Erzählungen vom Gelingen.

INTERVIEW: GERO GÜNTHER

Lars Jessen

53, dreht seit über 20 Jahren erfolgreiche Kino- und Fernsehfilme sowie TV-Serien. Seine Serien laufen im Prime-Time-Fernsehen. Für den Fernsehfilm „Für immer Sommer 90“ erhielt er 2021 den Grimme-Preis und den Deutschen Fernsehpreis.

Du drehst seit Jahren Filme, die meist ziemlich lustig und trotzdem nie reine Unterhaltung sind. Außerdem setzt du dich für nachhaltige Methoden beim Dreh ein. Du bist bei German Zero und Grünen-Mitglied. Wie schafft man es, Menschen für eine Sache mit einem sperrigen Namen wie „sozial-ökologische Transformation“ zu begeistern?

Ich beschäftige mich seit Jahren mit der Frage, wie die Zukunft aussehen könnte. Und die Antwort ist: Sie könnte ziemlich prächtig aussehen, wenn man mehr auf die Sachen achten würde, die richtig gut laufen. Wir alle haben doch keinen Bock mehr auf immer nur schlechte Nachrichten. Alle Erfindungen sind gemacht, alles ist schon einmal durchgekaspt worden. Jetzt müssen wir die Transformation einfach umsetzen. Raus aus der Lähmung, raus aus der Schockstarre!

Du arbeitest momentan an einem Projekt, über das du noch nicht viel erzählen willst und darfst. Was kannst du uns über deine Motivation verraten, ohne zu spoilern?

Ich sage es mal so: Man kann gute Geschichten über die Beschissenheit der Dinge erzählen. Das sind dann aber meistens Geschichten, die dazu beitragen, dass alles so bleibt, wie es ist. Stattdessen brauchen wir jetzt auch mal Leute, die Sachen erzählen, die uns weiterbringen. Geschichtenerzähler*innen haben eine große Verantwortung in unserer Gesellschaft. Sie können den Zukunftsthemen einen anderen Spin bringen. Die Frage ist ja: Wie kann ich diese Themen anders erzählen als ein*e Politiker*in, Wirtschaftsboss*innen oder Gewerkschafter*innen?!

Du bist selbst in einem grünen Milieu großgeworden. Was hat das mit dir gemacht? Ende der 70er-Jahre war ich allein unter Müllis. Gefangen in einer Aussteiger-WG von langhaarigen Sozialpädagogen in der Nähe

von Brokdorf. Für mich als Kind war das eher nicht so toll. Aber ich bin bei den Ökothemen hängengeblieben, während die meisten von denen ganz woanders gelandet sind. Der Film, den ich über diese Phase meines Lebens gedreht habe, heißt „Am Tag als Bobby Ewing starb“. Bei den Premieren 2005 war sehr viel Prominenz von den GRÜNEN dabei. Wir waren am Ende der Schröder-Regierung sowas wie die Chronisten der rot-grünen Bewegung.

Apropos, wie kommt der Politikstil der grünen Minister*innen bisher bei dir an?

Die neue Regierung ist ein echter Game Changer. Bisher war es so, dass man den Leuten als Politiker*in keinen reinen Wein einschenken durfte, wenn man wiedergewählt werden wollte. Aber die Menschen kriegen das ja mit. Habeck erzählt keine Märchen. Der will Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit. Da fühlen sich die Leute ernst genommen. Das könnte ein großer Motor für Veränderungen sein.

Bei allem strategischen Optimismus, wie geht es dir, wenn du gerade die Nachrichten verfolgst?

Ich finde die Situation total überfordernd. Man kann diesem Elend nur begegnen, indem man bessere Geschichten erzählt. Zum Beispiel: Wer die Erneuerbaren schnell ausbaut, braucht demnächst keine Autokratien mehr zu unterstützen. Was mich aus der Depression herausreißt, sind Geschichten von Menschen, die sich schon auf den Weg gemacht haben. Sich davon inspirieren zu lassen. Das ist, was wir jetzt brauchen: Erzählungen vom Gelingen.

„Geschichtenerzähler*innen haben eine große Verantwortung in unserer Gesellschaft. Sie können den Zukunftsthemen einen anderen Spin bringen.“

Lars Jessen

Nichtsdestotrotz sind solche Stories eher die Ausnahme.

Das Drama, die Gewalt und das Scheitern sind viel einfacher zu erzählen als das Gute. Deshalb appelliere ich ja an die Besten, die wir haben. Gerade, weil es so schwierig ist, brauchen wir da jetzt alle Hände an Deck. Klar, früher waren wir cool, haben die Dinge ironisch gesehen, alles verfremdet. Ich glaube, die Zeiten sind nicht mehr so. Wir Kulturschaffenden müssen jetzt deutlicher Kante zeigen. Uns positiv einmischen. Mitgestalten! Aber natürlich darf das nie naiv sein. Wir wollen keine heile Welt propagieren. Ich erzähle ja immer von Sachen, die es wirklich gibt.

Bist du ein Einzelfall oder tut sich generell etwas in der Branche der Geschichtenerzähler*innen und bei den Kulturschaffenden?

Und ob sich was tut. Jede Menge Musiker*innen, Schriftsteller*innen, Filmemacher*innen und Leute, die aus der Popkultur kommen, wollen diese Inhalte raushauen und haben ganz gute Laune dabei. So schlimm, wie es jetzt auch ist, viele haben mitbekommen, welche Stunde es geschlagen hat und wollen mithelfen.

ANZEIGE

EnBW

Wir laden Deutschland

Willkommen im
EnBW HyperNetz.

enbw.com/WirLadenDeutschland



Foto: Getty Images/Peter Bischoff/Freier Fotograf



EUROPAGRUPPE GRÜNE

In dieser Ausgabe schreiben Ska Keller, Reinhard Bütikofer, Hannah Neumann, Jutta Paulus, Alexandra Geese, Niklas Nienaß und Pierrette Herzberger-Fofana über ihre Arbeit und Initiativen im Europäischen Parlament und wie wir mit konkreten Politikvorschlägen und klaren Positionen Herausforderungen meistern können.

Wir heißen alle Leser*innen herzlich willkommen auf den Europaseiten und wünschen spannende Einblicke.

EURE EUROPAGRUPPE GRÜNE



Europagruppe GRÜNE/
Europäisches Parlament
www.gruene-europa.de
info@gruene-europa.de
twitter: @gruene_europa
facebook.com/europagruene

Verantwortlicher Europaseiten:
Aldo Caruso

ARTENSCHUTZ NEIN ZUM ODERAUSBAU

Die Oder ist einer der letzten großen naturnahen Flüsse in Europa. Über 500 Kilometer fließt sie ohne größere Hindernisse in die Ostsee, umgeben von intakten und artenreichen Überschwemmungsgebieten. Diese Gebiete sind Lebensraum vieler seltener und sogar vom Aussterben bedrohter Tier- und Pflanzenarten, beispielsweise des stark gefährdeten Baltischen Störs. Seit Jahren treibt Polen einseitig den Ausbau der Oder voran, im Laufe des Februars 2022 begannen sogar erste Bauarbeiten auf polnischer Oderseite. Angeblich soll es bei dem Projekt um Hochwasserschutz gehen, gleichzeitig wurde aber mehrfach signalisiert, dass der Grenzfluss für Schwerlasttransporte schiffbar gemacht werden soll. Finanziert wird das Milliardenprojekt unter anderem durch die EU-Kommission, die Weltbank und den Europarat. Die bereits genehmigten Pläne zum Ausbau der Oder beeinträchtigen jedoch die Landwirtschaft, das Klima, die Biodiversität und den Wasserhaushalt erheblich. Sie gefährden Arten und Ökosysteme und zerstören wichtige Schutzgebiete. Der Baltische Stör würde mit dem Oderausbau seinen Lebensraum verlieren und sein Artenschutzprogramm wäre gescheitert.

„In Zeiten der Klima- und Biodiversitätskrise können wir uns keinesfalls leisten, ein solch wichtiges und wertvolles Ökosystem wie die Oder für wirtschaftliche Interessen zu opfern.“

Die Pläne verstoßen auch gegen das EU-Umweltrecht. Das bestätigte kürzlich ein Rechtsgutachten, das ich gemeinsam mit meinen Kolleg*innen Sergey Lagodinsky und Jutta Paulus im Namen unserer grünen Fraktion im Europaparlament in Auftrag gegeben habe. Das Gutachten zeigt auf, dass der Oderausbau weder mit der EU-Wasserrahmenrichtlinie noch mit der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie vereinbar ist. Darüber hinaus habe ich im Vorhinein keine ausreichende Umweltverträglichkeitsprüfung des Projekts stattgefunden.

Hier besteht großer Handlungsbedarf! Zusammen mit meinen Kolleg*innen habe ich die EU-Kommission und den Umweltkommissar Virginijus Sinkevičius eingeschaltet und auf die Missstände und Verstöße hingewiesen. Die EU-Kommission hat daraufhin bestätigt, dass geltende Informationspflichten zum Oderausbau von Polen nicht eingehalten wurden. Sie blickt nun kritisch nach Warschau und Stettin. Mit anderen Grünen – im EU-Parlament, in Brandenburg und Polen – und Umweltorganisationen wie dem BUND, streite ich nun dafür, dass die polnischen Behörden die Vereinbarkeit der Maßnahmen mit dem EU-Umweltrecht überprüfen und die polnischen Gerichte eine Zweckentfremdung von Fördermitteln verhindern.



SKA KELLER

Informationen zu diesem und weiteren Themen aus dem Fischerei- und Umweltausschuss gibt es auf meiner Homepage www.skakeller.de



UKRAINE ZEITENWENDE GLOBAL?

Der russische Krieg gegen die Ukraine droht, in nicht allzu ferner Zeit weltweit Opfer zu fordern: durch Hunger in etlichen Ländern des globalen Südens. Die Ukraine war vor dem Krieg einer der größten Getreideexporteure der Welt. Jetzt wird ihr Getreide zum Teil von Russland gestohlen, vor allem aber der Export blockiert. Wie gesagt: Hunger in weit entfernten Regionen droht. Für uns in Europa kann das keine Nebensache sein.

„Die Länder des globalen Südens zu missachten, ist nicht nur ein moralisches Problem, sondern auch ein geostrategisches.“

Lange schon gibt es zu Recht viele kritische Stimmen angesichts allzu oft verweigerter europäischer Partnerschaft mit Ländern des globalen Südens. Doch jetzt bekommen diese Fragen noch ein neues Gesicht: In der säkularen Auseinandersetzung zwischen einer regelbasierten, sich auf internationales Recht stützenden multilateralen Weltordnung und neuer revisionistisch-imperialistischer Politik aus Moskau und Peking ist die Rücksichtslosigkeit gegenüber dem globalen Süden nicht mehr nur ein moralisches Problem, sondern auch ein geostrategisches.

In der UN-Generalversammlung haben 141 Länder den russischen Aggressionskrieg verurteilt. Doch wenn man genauer hinschaut, ist das Bild nicht so eindeutig. 35 Länder, darunter große wie Indien oder Südafrika, haben sich geweigert, Russland zu verurteilen. Aktiv an den Sanktionen beteiligt ist nur ungefähr ein Drittel der Weltgemeinschaft. Werben wir bei unseren Partnern im Süden genug für unsere Perspektiven? Erklären wir gut? Hören wir genug zu? Hören wir die Kritik an doppelten Standards? Reflektieren wir, was die Handlungsbedingungen anderer Länder tatsächlich sind? Ich glaube, wir tun von alledem zu wenig.

Russland und China arbeiten systematisch daran, Teile des globalen Südens in strategische Reserven für ihre aggressive Politik zu verwandeln. Aber alle diese Länder, alle diese Völker kämpfen um ihre eigenen Perspektiven, ihre eigenen Handlungsmöglichkeiten, ihre eigenen Interessen, ihren gebührenden Respekt. Zu Recht. Einfach gesagt: Einen Zwei- oder Drei-Klassen-Multilateralismus kann es nicht geben, wenn der Multilateralismus dominant bleiben soll. Es ist geostrategisch nicht erfolgversprechend, bloß die USA, die Kanadier*innen, Japan, Australien und Europa zusammenzutrommeln. Die Zeitenwende, die wir durchleben, müssen wir auch mit Blick auf neue südliche Partnerschaften ausbuchstabieren. Sonst verlieren wir uns in ihr.



REINHARD BÜTIKOFER

Mehr von mir gibt es auf meiner Homepage: www.reinhardbuetikofer.eu

PEGASUS AUSSCHUSS STARTET

Der Pegasus-Skandal hat die Europäische Union erreicht. Politiker*innen, Anwalt*innen und Journalist*innen sind Ziel von Angriffen mit der Spionagesoftware geworden, genauso ein EU-Kommissar und verschiedene Abgeordnete des Europaparlaments – unsere parlamentarische Immunität wurde untergraben. Aufklärung ist vor dem Hintergrund dieses und anderer Fälle von Missbrauch von Spionagesoftware also bitter nötig. Deshalb hat das EU-Parlament nun nach vielen Monaten des politischen Drucks insbesondere der Grünen und der Liberalen einen Untersuchungsausschuss zum Thema eingerichtet, in dem ich für unsere grüne Fraktion so genannte Schattenberichterstatterin bin und für uns Grüne Kompromisse aushandeln.

Im Ausschuss – der insgesamt zwölf Monate dauert – werden wir nun die Enthüllungen der letzten Zeit genau analysieren – und prüfen, inwieweit der Einsatz der Software gegen EU-Recht verstößt. Was wir untersuchen werden: Haben die EU-Mitgliedstaaten Pegasus in einer Weise missbraucht, die demokratische Prozesse untergraben könnte? Welche gesetzlichen Sicherheitsvorkehrungen gibt es in den jeweiligen Ländern, um die illegale Verwendung von Spähsoftware zu unterbinden? Sind diese ausreichend? Wurden durch Pegasus erlangte Informationen an Dritte weitergegeben? Natürlich werden wir auch fragen, wer was wann wusste und sich so am Missbrauch mitschuldig gemacht hat. Hierzu gehört der Export von Überwachungssoftware aus der EU an Diktatoren und Autokraten, die diese zur Überwachung von Menschenrechtsverteidiger*innen oder Oppositionellen (wie zum Beispiel in Ägypten) eingesetzt haben. Ziel des Ausschusses ist es, Empfehlungen für Transparenz- und Kontrollstrukturen sowie Gesetzesinitiativen zu entwickeln, die den missbräuchlichen Einsatz von Spionagesoftware in der EU und bestenfalls weltweit unmöglich machen.

„Es gibt viele Fälle des Missbrauchs von Spionagesoftware – Aufklärung ist also bitter nötig!“

Ein europäischer Ausschuss hat dabei einen zentralen Vorteil: Er steht über den nationalen Regierungs- und Oppositionsreflexen, die bei diesem Thema bisher die Aufklärung erschwert haben. Denn wer in einem Land in der Regierung sitzt und damit eventuell Täter*in war, kann in einem weiteren Land in der Opposition sein und damit potenziell Opfer. Vor uns liegt eine Mammutaufgabe – das ist allen Beteiligten klar. Das Gute: Anhörungen sind in der Regel öffentlich. Ich werde euch natürlich auch darüber hinaus auf dem Laufenden halten.



HANNAH NEUMANN

Ich mache mich für Transparenz im Umgang mit Spionagesoftware stark, denn ein Missbrauch kann schnell zur Gefahr für die Demokratie werden.



RePowerEU TURBO EIN!

Mit REPowerEU will die EU-Kommission Europa bis 2027 vollständig unabhängig von russischen Energieimporten machen. 300 Milliarden Euro, teils aus dem Corona-Wiederaufbaufonds, aber auch aus zusätzlich verkauften CO₂-Zertifikaten sollen von den EU-Mitgliedstaaten investiert werden. Effizienzmaßnahmen und den Ausbau der Erneuerbaren ausgerechnet durch zusätzliche CO₂-Zertifikate vom Umfang der jährlichen Kohleverstromung Deutschlands zu finanzieren, ist jedoch kontraproduktiv.

„Echte Energiesouveränität kann es nur mit einem hocheffizienten, auf 100 Prozent Erneuerbaren beruhenden System geben. Der Schlüssel: Save – Switch – Search!“

Zudem plant die EU-Kommission, zum Ersatz von russischem Gas und Öl zehn Milliarden Euro in neue Ölleitungen fließen zu lassen – ohne genaue Bedarfsanalyse. Damit droht die Verschwendung von Steuergeld für neue fossile Infrastruktur. Wir Grüne fordern stattdessen: Save – Switch – Search! Save: Die billigste Energie ist diejenige, die wir nicht verbrauchen. Daher sollten Investitionen in Effizienz und Sparmaßnahmen an erster Stelle stehen. Switch: Es gilt, schnellstmöglich fossile Brennstoffe durch Erneuerbare zu ersetzen – für Strom, Wärme und Industrie. Search: Nur für den verbleibenden Bedarf sollten wir nach neuen Lieferländern für Energieimporte suchen. Mit REPowerEU erhöht die EU-Kommission ihren Vorschlag für das Energieeffizienzziel bis 2030 von neun auf 13 Prozent. Studien zufolge wären sogar mehr als die von uns Grünen geforderten 20 Prozent möglich. REPowerEU ist aber ein erster Schritt in die richtige Richtung. Das Ausbauziel für Erneuerbare bis 2030 soll von 40 auf 45 Prozent des Energiebedarfs erhöht werden. Die EU-Solarstrategie zielt darauf ab, die installierte Leistung bis 2025 zu verdoppeln und bis 2030 auf 600 Gigawatt zu steigern. Das kann nur mit schnelleren Zulassungsverfahren erreicht werden. Deshalb ist es so wichtig, dass unsere grüne Forderung nach europäischen Leitlinien für Zulassungsverfahren endlich aufgegriffen wird. Allerdings will die EU-Kommission das Kind mit dem Bade ausschütten und Vorranggebiete von Umweltverträglichkeitsprüfungen ausnehmen. Hier drohen Naturfrevl und auch der Verlust der Akzeptanz. Stattdessen sollte es auch hier klare Leitlinien und Kontrollstrukturen geben. Denn nicht nur die Klimakrise bedroht den Fortbestand der Zivilisation: Der Biodiversitätsverlust betrifft unsere unmittelbaren Überlebensgrundlagen, wie trinkbares Wasser, saubere Luft und fruchtbare Böden. Deshalb müssen Energiewende und Naturschutz Hand in Hand gehen.



JUTTA PAULUS
REPowerEU soll die Versorgungssicherheit stärken und die Energiewende beschleunigen.

DIGITALGESETZ EUROPA GEHT VORAUS

Der russische Angriffskrieg zeigt, wie gefährlich gezielte Desinformationskampagnen sind: Wenn im Internet Hass und gezielte Falschinformationen den Ton angeben, können Diktatoren, Autokraten und Tycoons das Netz missbrauchen, um demokratische Werte zu untergraben – und sogar einen Krieg vor dem eigenen Volk rechtfertigen. Es war längst überfällig, mit einem Digitalgesetz Regeln festzulegen, die unsere Werte und Gesellschaft schützen.

Das Gesetz über digitale Dienste (DSA) ist das erste Gesetz weltweit, das die großen Online-Plattformen in die Haftung nimmt: Sie müssen ihre eigenen Algorithmen auf Risiken für Demokratie und Zusammenhalt prüfen. Gleichzeitig erhalten unabhängige Wissenschaftler*innen und NGOs Einblick in die Mechanismen, um Risiken für die Gesellschaft von außen bewerten zu können. Das wird uns wichtige neue Erkenntnisse bringen. Plattformen, die stattdessen weiterhin das Prinzip der Spaltung in den Mechanismen verankern, um mit Krawallnachrichten, gefakten Videos oder Hasskommentaren die Verweildauer der Nutzer*innen zu steigern und damit die eigenen Werbeeinnahmen zu optimieren, müssen mit hartem Gegenwind rechnen.

„Der Erfolg des Gesetzes steht und fällt mit der Durchsetzung.“

Schon mit der Datenschutzgrundverordnung hatte Europa globale Maßstäbe gesetzt, aber den Giganten wie Google und Facebook ist es gelungen, die Regeln zu umgehen und sich dadurch sogar besser zu stellen als die europäische Konkurrenz. Beim DSA müssen wir deshalb für eine starke Durchsetzung sorgen. Die Grundlagen sind gelegt: Wir haben erreicht, dass die Anordnungen und Strafen nationaler Behörden und Gerichte konsequent durchgesetzt werden müssen. Die bisher willkürlich gehandhabten allgemeinen Geschäftsbedingungen, in denen die Plattformen ihre eigenen Regeln für die Moderation der Inhalte ihrer Nutzer*innen festlegen, müssen nun vereinheitlicht werden.

Nicht zuletzt ist der DSA ein wegweisendes Gesetz, weil er Überwachungswerbung einschränkt, die auf dem Ausspähen all unserer persönlichen Daten zur Profitmaximierung beruht. Mit diesen Daten können Menschen nicht nur gezielt mit Werbung, sondern auch mit Informationen angesprochen und aufgestachelt werden. Durch diese Neuerung in Kombination mit einem demokratischer gestalteten Prinzip des aufmerksamkeitsbasierten Rankings haben wir in Europa eine Entwicklung angestoßen, die weltweit immer stärkere Regeln hervorbringen kann.



ALEXANDRA GEESE
Die Einschränkung von Überwachungswerbung und manipulativen Praktiken machen das Gesetz über digitale Dienste zur einzigartigen Verfassung für die digitale Welt.

REGIONALPOLITIK GRÜN FÜR DAS LAND

Das Land ist für viele Menschen ein Sehnsuchtsort. Aber viele – insbesondere Jüngere – wollen auch weg. Ländliche Regionen sind oft unterversorgt. Es fehlt an Jobs, Infrastruktur, Kultur- und Freizeitangeboten. Ein Beispiel: Im europäischen Durchschnitt liegt die nächste Arztpraxis in der Stadt rund 3,5 Kilometer entfernt – auf dem Land hingegen 21,5 Kilometer, und das bei einem deutlich schlechteren Verkehrsnetz. Wer kein Auto hat, ist auf dem Land oft aufgeschmissen. Und selbst die vielbeschworene Videosprechstunde kann schnell zum Problem werden: Nur 60 Prozent der Europäer*innen auf dem Land haben Zugang zu einer Breitbandverbindung.

„Chancengerechtigkeit zwischen Stadt und Land muss Ziel grüner Politik sein.“

Wir müssen in Deutschland und Europa mehr für die Menschen auf dem Land tun. Viele haben das Gefühl, dass ihre Anliegen in der Politik zu wenig Gehör finden. Wenn wir Grüne das Thema ernsthaft angehen wollen, dann müssen wir deswegen nicht vor allem über, sondern mehr mit den Menschen auf dem Land sprechen. Wir Politiker*innen müssen raus aus Brüssel, Berlin und Schwerin und rein in die Dörfer.

Für meine Konferenz über ländliche Räume „Zukunft.Land.Leben.“ habe ich mir ganz bewusst einen Ort auf dem Land gesucht. Im Mai kamen wir im Wasserschloss Quilow in Vorpommern zusammen. Unser Ziel: Landbevölkerung, Politik und Praxis in einen Dialog zu bringen. Zu Gast waren zahlreiche Praktiker*innen sowie Bundes- und Landtagsabgeordnete. Besonders gefreut hat mich der Besuch von Manuela Rottmann, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, und Heiko Knopf, der das Thema ländliche Räume im Bundesvorstand bearbeitet. In Vorträgen und Workshops haben wir erarbeitet, wie wir gleichwertige Lebensverhältnisse zwischen Stadt und Land hinbekommen, wie Partizipationsformate und Mobilitätsangebote aussehen können, oder auch wie Kommunen sich am besten durch den Dschungel der EU-Förderung kämpfen können. Weitere Informationen gibt es auf meiner Homepage: niklas-nienass.eu/landleben. Ich bin davon überzeugt, dass unsere Partei sichtbar werden muss für Menschen auf dem Land. Ziel grüner Politik muss es sein, Chancengerechtigkeit in Stadt und Land herzustellen. Die großen Herausforderungen unserer Zeit – vom Klimawandel bis zum Vertrauensverlust in unsere demokratischen Institutionen – können wir nur gemeinsam mit den Menschen in der Stadt und auf dem Land lösen.



NIKLAS NIENASS
Die Konferenz „Zukunft.Land.Leben.“ war ein Anfang. Lasst uns als Grüne eine Partei für die Menschen auf dem Land werden.



EUROPATAG EUROPATAG IN BAYERN

Am Europatag dachte ich zurück an Robert Schuman, der vor rund 70 Jahren mit seiner Erklärung den Grundstein für die heutige Europäische Union legte. Zum Europatag drehte sich im Münchner Werksviertel zum ersten Mal das Riesenrad „Umadum“ als Europa*Rad. Es hatte die Aufgabe, Bürger*innen mit Vertreter*innen der Politik zusammenzubringen. In 27 Gondeln, so viele wie EU-Mitgliedstaaten, drehten über 1600 Besucher*innen eine Runde mit Politiker*innen ihrer Wahl. In lockerer Atmosphäre diskutierte ich mit den vielen Teilnehmenden über aktuelle Herausforderungen und richtete gemeinsam mit den Besucher*innen den Blick vom dramatischen Tagesaktuellen auch auf Zukunftsfragen und die Lage der EU. Als Teil der Veranstaltungen zum Europatag besuchte ich auch die Botschafterschule des Europaparlaments in Lauf an der Pegnitz und diskutierte mit den Schüler*innen des Wahlkurses Politik und Zeitgeschichte über die Beziehungen Europa-Afrika sowie die Themen Flucht und Migration. Gekrönt wurde der Europatag mit der Premiere des Kurzfilms „Haram“ von Schüler*innen der Eichendorffschule in Erlangen. In eindrücklichen Bildern erzählt der Film die Geschichte von Haram Dar, einem Schüler aus meiner Stadt Erlangen. Ausgezeichnet wurde der Kurzfilm beim 68. bundesweiten Europäischen Wettbewerb im Jahr 2021. Die vielen Eindrücke des Europatags, der fruchtbare Austausch mit den Bürger*innen und die spannenden Gespräche mit den Schüler*innen werden mich noch lange begleiten.

„Junge Menschen, die Wähler*innen von morgen, sind besonders ausschlaggebend für die Zukunft Europas.“

Wir alle – Bürger*innen, Schüler*innen – können uns glücklich schätzen, an dem Friedensprojekt EU mitwirken zu können. Gerade in Zeiten, in denen nur wenige tausend Kilometer entfernt im Osten ein grausamer, völkerrechtswidriger Angriffskrieg auf europäischem Boden wütet, gibt die Gewissheit, dass die Europäische Union Frieden und Solidarität zwischen den Mitgliedsländern sichert, Hoffnung und Kraft. Nach dem Zweiten Weltkrieg hat die EU Differenzen und Ressentiments beiseite gelegt, Gräben überwunden und Brücken gebaut. Wie? Indem sie die Menschen in den Mittelpunkt gestellt hat. Das ist mir weiter Ansporn und Motivation zugleich.



PIERRETTE HERZBERGER-FOFANA
Nur gemeinsam können wir die Zukunftsfragen der EU beantworten und die Herausforderungen angehen.

Gemeinsam alles wagen

Um die komplexen und vielfältigen Herausforderungen unserer Zeit zu bewältigen und eine **sozial-ökologische Transformation** in Bewegung zu setzen, benötigt es mutige Menschen und starke Bündnisse – in ganz Europa. Um nicht alles zu riskieren, müssen wir alles wagen. **Gemeinsam!**



Ein europäisches Netzwerk für die kommunalen Mandatsträger*innen

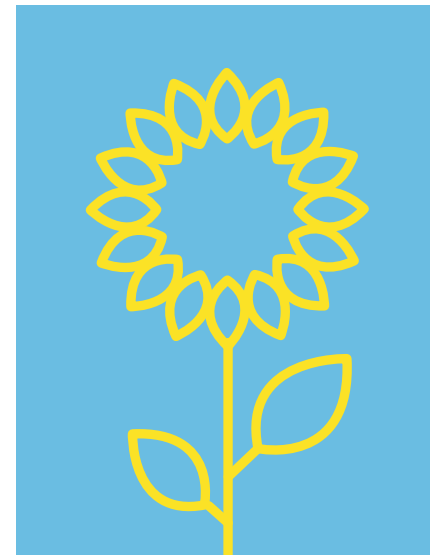
Die Europäische Grüne Partei bietet euch eine Online-Plattform, die es ermöglicht, mit grünen Lokalpolitiker*innen überall in Europa in direkten Kontakt zu kommen und einander mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Über dieses Netzwerk werden auch Veranstaltungen – online und offline – organisiert. Die „European Green Party“ gibt damit den kommunalen Mandatsträger*innen eine großartige Chance zum Netzwerken, aber vor allem zum Austausch

von Erfahrungen, Wissen und Ratschlägen – über nationale Grenzen hinweg!

Ihr erhaltet Zugang zu Literatur, Projektbeispielen und Vorschlägen für Initiativen. Zudem könnt ihr Lokalpolitiker*innen über eine Suchfunktion finden: Ihr könnt nach Themen filtern, an denen die Gesuchten arbeiten, nach der Größe der Kommune und vielem mehr.

Anmeldung und Informationen findet ihr über die Online-Plattform:

localcouncillors.europeangreens.eu



Grünes Wachstum

Während die anderen im Bundestag vertretenen Parteien schrumpfen, sind wir das sechste Jahr in Folge gewachsen: Die Partei legte im vergangenen Jahr um rund **17 Prozent auf 125.737 Mitglieder** zu! Und wir wachsen weiter:

Noch nie haben sich so viele Grüne für die ökologische Transformation, für Klima- und soziale Gerechtigkeit, Welt-offenheit und ein vielfältiges, friedliches Miteinander eingesetzt. Danke an euch alle! Auf jede Einzelne und jeden Einzelnen von uns kommt es an!



Der Oktober wird grün – mit deiner Hilfe!

Du hast Lust, die GRÜNEN in Niedersachsen direkt vor Ort zu unterstützen? Beim Wahlkampf an der Haustür stehen die Wähler*innen im Fokus. Und deshalb ist der **Haustürwahlkampf** das effektivste Wahlkampfinstrument! Trag dich hier ein:

www.gruene.de/aktionen/jetzt-eintragen-haustuerwahlkampf

Wahlkämpfe kosten außerdem Geld. Unterstütze jetzt die GRÜNEN in Niedersachsen mit deiner **Spende**.

Überweisung an:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Niedersachsen

Kontonummer: 84 50 500
Bank für Sozialwirtschaft
Bankleitzahl: 251 205 10
IBAN: DE86251205100008450500
BIC: BFSWDE33HAN

Bitte gib als Verwendungszweck „Spende“, deinen vollständigen Namen und deine Adresse an. Nur so können wir eine Spendenquittung ausstellen.

Du hast nicht so viel Zeit, aber willst trotzdem dabei helfen, grüne Botschaften in Niedersachsen auf die Straße zu bringen und noch mehr Menschen zu erreichen? Dann spende ein **Plakat** oder einen **Kinospot**. Suche dir jetzt einen Plakatstandort aus oder lass den Werbespot in deinem Lieblingskino laufen! Einfach Ort sowie Werbezeit auswählen: plakat.gruene.de

Vielen Dank für deine Unterstützung!



Gemeinsam für die Zukunft Europas

In vielen Ländern Europas sind die GRÜNEN Teil der Regierungen: auf Bundesebene, in Ländern, Städten und Kommunen. Sie tragen dazu bei, dass in Europa Klima- und Umweltschutz endlich ganz oben auf die Agenda kommen. Vernetzt sind sie in der Europäischen Grünen Partei (EGP), die zweimal im Jahr eine Ratssitzung mit den Delegierten aller Mitgliederparteien organisiert. Zuletzt kamen von 3. bis 5. Juni Spitzenpolitiker*innen aus ganz Europa in der lettischen Hauptstadt Riga zusammen – in einem Land, das an die Russische Föderation grenzt.

In einer Resolution verurteilten die Delegierten Putins Handeln. In den letzten Jahren habe das russische Regime systematisch versucht, politischen und wirtschaftlichen Einfluss auf die Länder der Östlichen Partnerschaft auszuüben, deren Weg zur Demokratie zu behindern und die Region politisch zu destabilisieren – etwa durch „die 30-jährige Militärpräsenz in Transnistrien, einem Gebiet eines souveränen Staates der Republik Moldau, die separatistischen Bewegungen in Südossetien und Abchasien,

den militärischen Konflikt mit Georgien 2008 sowie die militärische Aggression gegen die Ukraine in der Vergangenheit und die Annexion der Krim“.

Die europäischen GRÜNEN debattierten auf ihrem 5. Kongress auch über die Zukunft der NATO, die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, über die Aufnahme von Flüchtlingen, Cybersicherheit und den Umgang mit Desinformation. Auch das grüne Topthema stand im Fokus: der Kampf gegen die Klimakatastrophe und für soziale Gerechtigkeit. Zu den Plänen der EGP gehören etwa massive Investitionen in erneuerbare Energien, die Verbesserung der Energieeffizienz und Maßnahmen zur Energieeinsparung. Zugleich wollen sich Europas Grüne weiter für einen grünen und inklusiven Feminismus einsetzen.

Der 6. Kongress der EGP findet vom 2. bis 4. Dezember 2022 im dänischen Kopenhagen statt.

Mehr zum EGP-Parteitag unter:
<https://europeangreens.eu/>

Wer spart am meisten Energie?

Industrie, Gewerbe, Handel und der Dienstleistungsbereich verbrauchen etwa **1.000 Terawattstunden Energie pro Jahr** für Wärme und Strom. Auf Privathaushalte entfallen rund 670 Terawattstunden Energie – knapp **29 Prozent des gesamten Energieverbrauchs in Deutschland**. Unsere Challenge für Familien, Freund*innen, Kolleg*innen. Mach mit!

Was ich mir diese Woche fürs Energiesparen vornehme:

Beginner

1 Energiespar-Punkt pro Tag



Kaltes Wasser zum Händewaschen nutzen

Das ist zwar weniger angenehm, reicht aber bei gründlichem Waschen mit Seife völlig aus, um die Hände zu säubern und ist 4,5-mal günstiger als Warmwasser.



Ungenutzte Ladekabel aus der Steckdose ziehen

Denn die verbrauchen auch im Stand-by Modus weiter Strom. Gerade in der Urlaubszeit kann es sinnvoll sein, bei nicht benutzten Geräten den Stecker zu ziehen.



Ungenutztes Licht ausschalten

Lichtquellen liegen auf Platz 3 unserer größten Stromfresser. LED-Lampen verbrauchen zwar zwischen 70 und 90 Prozent weniger Strom als eine herkömmliche Glühlampe, noch besser ist es aber, das Licht nach dem Verlassen des Raumes auszuschalten.

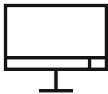
Advanced

2 Energiespar-Punkte pro Tag



Kalt duschen

Warmes Wasser zu erzeugen, benötigt fast so viel Energie wie der Betrieb sämtlicher elektronischer Geräte im Haushalt zusammen. Es lohnt sich, allein über eine Senkung der Wassertemperatur nachzudenken.



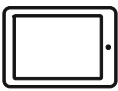
Den Fernseher abends ganz ausschalten statt in den Ruhemodus setzen

Etwa 28 Prozent der Stromkosten gehen auf die Nutzung von Technik und Unterhaltungsmedien zurück. Wenn der TV täglich mehrere Stunden läuft, verbraucht er bis zu 190 kWh im Jahr. Auch im Standby-Modus verbraucht ein Fernseher Energie, daher lohnt es sich, den Standby-Modus auszuschalten oder den TV komplett vom Strom zu trennen.



Jeden Abend den WLAN-Router ausschalten

Der WLAN-Router ist ein nicht zu unterschätzender Stromfresser. In einem Jahr kommt dieser auf 88 bis 175 kWh.



Laptop oder iPad statt Desktop-Bildschirm nutzen

Denn: Je größer der Bildschirm, desto höher der Stromverbrauch.

Experts

3 Energiespar-Punkte pro Durchführung



Auf wassersparenden Duschkopf wechseln

Wassersparende Duschköpfe haben einen kleineren Kopf und bündeln das Wasser. So verbrauchen sie bis zu 30 Prozent weniger als der reguläre Duschkopf.



Das Gefrierfach abtauen

Durch regelmäßiges Abtauen deines Gefrierfachs kannst du bis zu 50 Prozent Energie einsparen. Bei einem durchschnittlichen Gerät mit 200 Liter Fassungsvermögen sind das 60 bis 120 Kilowattstunden im Jahr.

Diese Woche gesammelte Energiesparpunkte:

Den Ausbau der erneuerbaren Energien voranzutreiben und die Abhängigkeit von fossilen Energieimporten, in die sich Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten begeben hat, zu reduzieren, bleibt in erster Linie natürlich eine politische Aufgabe. Doch **jede*r Einzelne*r** kann eine Menge dazu beitragen, dass Deutschland unabhängiger wird und wir das Klima schützen. Mehr unter: gruene.de/energiepolitik

Icons: The Noun Project

TERMINE

10.-11. SEPTEMBER 2022

Diversitätsrat in Hannover

Der Diversitätsrat berät über Angelegenheiten der Vielfaltspolitik unserer Partei und entwickelt Maßnahmen zur Umsetzung des Vielfaltsstatuts. Gemeinsam sprechen wir darüber, wie wir wirksame Antidiskriminierungspolitik in Bund und Ländern umsetzen können und was es braucht, damit wir als Partei noch vielfältiger werden.

9. OKTOBER 2022

Landtagswahl in Niedersachsen

Mit unseren Spitzenkandidat*innen Julia Willie Hamburg und Christian Meyer gehen wir bei der Wahl zum 19. Niedersächsischen Landtag an den Start.

14.-16. OKTOBER 2022

Bundesdelegiertenkonferenz in Bonn

Bei der 48. Bundesdelegiertenkonferenz diskutieren wir über die aktuelle politische Lage, beraten über unsere Satzung und stellen die Weichen für die Zukunft unserer Partei.

2.-4. DEZEMBER 2022

EGP-Congress in Kopenhagen

Beim 36. Kongress der EUROPÄISCHEN GRÜNEN Partei treffen wir uns mit unseren grünen Kolleg*innen aus ganz Europa in Kopenhagen. Wir vernetzen uns, tauschen Ideen aus und stellen uns gemeinsam für die kommende Europawahl auf.

10.-11. DEZEMBER 2022

Vielfaltskongress

Auf dem ersten Vielfaltskongress von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN möchten wir gemeinsam mit euch, Aktivist*innen, Wissenschaftler*innen und Politiker*innen Visionen für eine Gesellschaft der Vielen entwickeln. Euch wird ein spannendes Programm mit Workshops, Diskussionen und Kulturprogramm erwarten.

Impressum

Das Magazin der Grünen – Mitgliederzeitschrift
Nr. 19, ISSN 2509-3193
Postvertriebszeichen: A 02908

Herausgeber:
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Emily Büning
Politische Bundesgeschäftsführerin
V.i.S.d.P.: Annkathrin Schäfer

Redaktion, Gestaltung, Produktion:
Anzinger und Rasp, München
Redaktion: Alexandra Bürger (Leitung),
Gero Günther
Gestaltung: Lukas Millinger

Kontakt Redaktion:
E-Mail: magazin@gruene.de
Redaktion: Das Magazin der Grünen
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Triftstraße 13, 80538 München

Anzeigenverwaltung:
Runze & Casper Werbeagentur GmbH
Ruth Hansmann
Linienstraße 214, 10119 Berlin
Tel.: 030/28 01 80-145
E-Mail: verlagsservice@runze-casper.de

Druck:
125.000 Exemplare
Dierichs Druck+Media GmbH & Co. KG,
Kassel, auf 100% Recyclingpapier.
Den Auflagen von Bayern, Berlin,
Hessen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-
Holstein und Thüringen liegen
Zeitungen der Landesverbände oder
Landtagsfraktionen bei.
Das Werbemittel der WETell GmbH liegt
den Auflagen von Baden-Württemberg
und Bayern bei.

Jahresabonnement:
Vier Ausgaben: 11,90 Euro
Bestellung schriftlich an:
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Abo/Magazin
Platz vor dem Neuen Tor 1
10115 Berlin
Die nächste Ausgabe erscheint
voraussichtlich am 13. Dezember 2022.

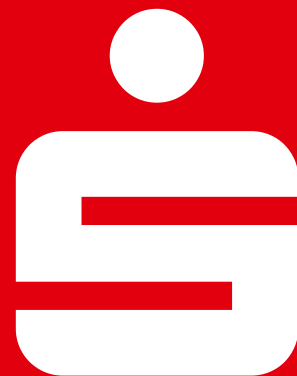
Stand: 24. Juni 2022



Der Wandel kommt überall hin. Gut, dass wir schon da sind.

Deutschlands starke Partnerin für Nachhaltigkeit.

Auf dem Weg in eine nachhaltigere Zukunft kann ganz Deutschland auf die Unterstützung der Sparkassen-Finanzgruppe zählen. Mit der größten Finanzierungssumme für den Mittelstand und als Partnerin von 40 Millionen Privatkundinnen und -kunden machen wir uns stark für einen Wandel, der für alle zum Erfolg wird. Im Großen wie im Kleinen. Mehr erfahren: sparkasse.de/mittelstand



Weil's um mehr als Geld geht.